

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 21. Oktober 1899.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 80 J
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Quitpoldstraße Nr. 9.

Inhalt: Von der Generalversammlung des Vereins deutscher Eisengießereien. — Zur Zuchthausvorlage. — Aufgaben für den Winter. — Aus dem Jahresbericht des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei. — Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg und Pommern für das erste Halbjahr 1899. II. — Zur Neunstundenbewegung der Berliner Metallarbeiter. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. Abrechnung der Hauptkasse pro September 1899. — Rundschau. — Bitterarische.

Alle

für die Redaktion und Expedition der Deutschen Metallarbeiter-Ztg. bestimmten Sendungen bitten wir zu adressieren:
An die Deutsche Metallarbeiter-Zeitung
in Nürnberg
Quitpoldstraße 9.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach;
- von Brettformschlägern nach Lechhausen L.;
- von Drehern nach Reichenbach im Bgtl. (J. C. Braun);
- von Feilenbauern nach Brannschweig, nach Chemnitz nach Furthof (Niederösterreich) Str.;
- von Fläschern (Klempnern) nach Altona, Bergedorf, Bremen, Köln a. Rh., nach Düsseldorf (Wortmann & Elbers) W., Hamburg, Solingen, Mendorf;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Gannsbatt (Grupp), nach Götting bei Coswig (Schürmann), nach Cottbus Str., nach Forst (Schmidt), nach Frankenberg i. Sachsl., nach Frankenthal (F. Guttmann) W., nach Gera Str., nach Halle-Büschdorf (A. Jakob, Deligsherr), nach Lauchhammer, Präsen-Gröditz, Saraghammer und Nießl W., nach Leipzig und sammt. Vororten Str., nach Lissa W., nach Markranstädt, nach Meerane, nach Mittweida, nach Pörsdorf a. S., nach Reichenbach, nach Penig, nach Radebeul, nach Rochwitz i. S. (Sternkopf & Kluge) D., nach Sargsdorf, nach Zeitz;
- von Temperformern nach Bielefeld (W. Kramer) D.;
- von Hfr. Instrumentenmachern nach Eutlingen D.;
- von Kesselschmiedern nach Garmen;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin, Str., nach Ellersfeld (Fr. Käseberg), nach Herbolz (insbesondere von Gießern, Schleifern und Drehern) (Schäfermaier & Jenz), W., nach Leipzig (Wachhaus & Langensiepen) Str., nach Leipzig-Sohlis (Wachmann'sche Musikwerke), nach Wien (B. & C. Pörting);
- von Werkzeugmachern nach Nürnberg Str.
- von Schleifern nach Zittau (Phanomenfahrradwerke);
- von Schlossern und Maschinenbauern nach Gera. A. J. L. (Geraer Maschinenbau-A.-G. vorm. Alfred Kühn), nach Greiz;
- von Schmiedern nach Eßlingen (Die) Str.;
- von Zingießern nach Nürnberg.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aufsicht; L. Wohnbewegung; A. Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Von der Generalversammlung des Vereins deutscher Eisengießereien.

Ein Kapitel von der Scharfmacherei.

In München fand am 26. September die 31. Generalversammlung des Vereins deutscher Eisengießereien statt, auf deren Tagesordnung selbstverständlich auch

die unvermeidliche Zuchthausvorlage stand. Der Referent war der unvermeidliche Generalsekretär Dr. Deumer, der berufsmäßige Agitator und commis voyageur (Handelsreisender) für die Zuchthausvorlage, der von Versammlung zu Versammlung eilt, um die ohnehin „scharfen“ Unternehmer noch mehr scharf zu machen und so mit rücksichtsloser Virtuosität dasselbe zu betreiben, was, wenn es die Arbeiter machen, von demselben Herrn als „sozialdemokratischer Terrorismus“, als „Hetzerei“ und „Wühlerei“ erklärt wird, gegen die die Behörden zum Einschreiten aufgefordert werden. Das ist eben die von jeder wahren Sittlichkeit himmelweit entfernte Gesinnung, wonach es nicht dasselbe ist, wenn zwei das Gleiche thun.

Herr Dr. Deumer gleicht dem ewigen Juden, er ist immer auf Reisen und er ist immer überall; wo zwei Unternehmer beisammen sind, gesellt er sich als Dritter zu ihnen, um ihnen seinen Eifer, seine Begeisterung, seinen Thatendrang zu Gunsten der Unternehmer-Interessen zu demonstrieren und so seine Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit darzutun. Er wetteifert in diesem arbeiterfeindlichen Thun mit seinem Kollegen Bued, der auch „General“-Sekretär und nicht minder große Verdienste um das Kapital hat, als er. Bued war auch als „Gast“ in München.

Anfangs August predigte Dr. Deumer in Düsseldorf in einer Versammlung der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, die unter dem Vorsitz des bekannten telegraphischen Scharfmachers, Kommerzienrath Servaes, stattfand, über die Zuchthausvorlage und man trat dann einstimmig dem Beschluß des wirtschaftlichen Vereins bei, „der aus der praktischen Erfahrung seiner Mitglieder heraus Angesichts des in bedauerlicher Weise zunehmenden Terrorismus der agitatorischen Elemente, die die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in einen Koalitionszwang umwandeln, die Arbeitsgelegenheit verkümmern und das Nationalvermögen aufs Schwerste schädigen, strenge Bestimmungen behufs des Schutzes der Arbeitswilligen für durchaus notwendig erklärt. Auch die nordwestliche Gruppe hat deshalb das Vorgehen der verbündeten Regierungen mit besonderer Befriedigung begrüßt und gibt der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß sich nach erneuter Prüfung der einschlägigen Verhältnisse in der Herbsttagung des Reichstags eine Mehrheit zur Erreichung des genannten Zweckes finden werde.“

Die Wanderpredigt des Herrn Dr. Deumer bei den Eisengießern in München wich von der bekannten Schablone der kapitalistischen Zuchthausfreunde nicht ab: Kein vernünftiger Mensch will die Koalitionsfreiheit abschaffen, dagegen muß sie geschützt werden gegen den Zwang, den die inzwischen entwickelte Sozialdemokratie ausübt, die die Koalitionsfreiheit in einen Koalitionszwang verkehrt.

Diese unwahren, den Thatsachen ins Gesicht schlagenden Deklamationen haben wir schon tausendfach gehört und die Unwahrheit wird dadurch noch nicht zur Wahrheit, daß man sie immer wieder aufs Neue vorbringt. Die Scharfmacher sind unbelehrbar, weil es ihnen nicht um Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern um Herrschaft und Unterdrückung zu thun ist und ihnen zur Erreichung dieses Zweckes alle Mittel recht sind.

Wir haben, d. h. die Arbeiter, die Koalitionsfreiheit, wie sie sein soll, noch gar nicht, das ist im Reichstag bei der ersten Lesung der Zuchthausvorlage von den meisten Rednern, insbesondere von dem Zentrumsführer Dr. Lieber, ausdrücklich konstatiert worden. Freilich, die Unternehmer haben sie; diese können thun und lassen, was sie wollen, für sie bestehen keinerlei Beschränkungen, sie genießen in der That die vollendetste Koalitionsfreiheit. Sollen sie auch die

Arbeiter haben, so muß vor Allem der rein gegen sie gerichtete ausnahmegesetzliche § 153 der Gewerbeordnung abgeschafft werden, von dem vor einigen Wochen das Gericht in Mannheim in einem freisprechenden Erkenntnis sagte, „daß der Gesetzgeber durch die hohe Strafe, die für ein verhältnismäßig geringes Vergehen in der Gewerbeordnung vorgesehen sei, den Gerichten die Pflicht auferlegt habe, derartige Fälle besonders genau zu prüfen und sich bei der Aburtheilung in scharfen Grenzen zu halten“, womit auch die vollständige Unbegründetheit der Zuchthausvorlage ausgesprochen ist.

Die Koalitionsfreiheit, welche die Deumer und Genossen für die Arbeiter wollen und die durch die Zuchthausvorlage geschützt werden soll, ist das Seltenste zu der Pressfreiheit mit dem Galgen daneben; es ist die Koalitionsfreiheit, deren Gebrauch bestraft wird; ein Parabelstück, das, wie das Silbergeschirr, nur zum Ansehen, aber nicht zur Benutzung bestimmt ist. Wen wollen denn die Herren mit diesem Humpen, mit dieser albernem und dummen Baueruschlanheit eigentlich zum Narren halten? Die organisierten Arbeiter etwa? Nun, diese durchschauen das freble Spiel, das man mit ihnen treibt, längst und bilden daher ohne Unterschied der Konfession oder der politischen Parteilstellung eine geschlossene Phalanx gegen das mit der Zuchthausvorlage unternommene Attentat auf ihr erstes und heiligstes Menschenrecht.

Die Phrase von dem „sozialdemokratischen Koalitionszwang“ steht auf derselben Höhe wie diejenige von der „Koalitionsfreiheit“, die die Herren meinen. Was hat die Sozialdemokratie als politische Partei mit den Koalitionen überhaupt zu thun? Nichts, rein gar nichts. Alles, was darüber von den Segnern gesagt wird, ist politische und sprachliche Falschmünzerei. Wenn eine Gewerkschaft bis auf das letzte Mitglied nur aus Sozialdemokraten bestünde, so wäre sie darum doch noch keine sozialdemokratische Organisation; denn nicht die parteipolitische Stellung der Mitglieder gibt einer wirtschaftlichen Vereinigung, wie jede Gewerkschaft eine solche ist, ihr besonderes Gepräge, sondern ihre Thätigkeit. Nun kann von einer sozialdemokratischen Thätigkeit in den Gewerkschaften schon aus vereinsgesetzlichen Gründen nicht die Rede sein, da sie sonst andernfalls bei der eifrigen polizeilichen Ueberwachung und der herrschenden Verfolgungssucht unfehlbar und mit gewohnter Promptheit aufgelöst würden. Für die Gewerkschaften gilt auch nicht das sozialdemokratische Parteiprogramm als solches, sondern sie haben ihre eigenen Programme, deren wichtigste Punkte Arbeitszeitverkürzung und auskömmliche Arbeitslöhne sind. Aber gerade diese nichtpolitischen und nichtsozialdemokratischen Bestrebungen sind es, wie alle Welt weiß, welche den Kapitalisten und ihren Handlangern die Gewerkschaften so verhaßt machen; sie sind die Gründe der Begeisterung für die Zuchthausvorlage, des Terrorismus und der schwarzen Listen gegen die organisierten Arbeiter und Alles, was in diesem Zusammenhange von „sozialdemokratischem Koalitionszwang“ gefabelt wird, sind bewusste Unwahrheiten zur Verdeckung der Wahrheit.

Die so schwachhaften Zuchthausagitatoren schweigen vollständig über den unerträglichen und unsittlichen Zwang, den die Kapitalisten gegen die Koalition auf die Arbeiter ausüben. Nach der Streikstatistik der Hamburger Generalkommission waren von den 1898 in Deutschland vorgekommenen 505 Abwehrstreiks mit 20,176 Beteiligten allein 229 mit 9676 Beteiligten von den Kapitalisten provoziert durch den Zwang zum Austritt aus der Organisation, sowie durch Maßregelungen und Aussperrungen. Und diese selben kapitalistischen Terroristen haben die Stirn, von einem angeblichen Terror-

rismus der Sozialdemokratie, von einem solchen der Gewerkschaft zu schwagen; die Herren der kapitalistischen Zwangsbürgen haben die Unverfrorenheit, von einem Koalitionsschwanz der Sozialdemokratie zu reden. O diese gleichnerischen Pharisäer!

Während aber gegen Gewerkschaftsmitglieder wegen eines Wortes oder geringfügigsten Vergehens die schwersten Strafen ausgesprochen werden, bleibt der kapitalistische Terrorismus und Zwang auf die Arbeiter zum Fernbleiben von der Organisation völlig straffrei, ja wird von den Behörden förmlich als ein gutes Werk mit wohlwollenden Augen betrachtet. Unter diesen Umständen wäre die Annahme der Zuchthausvorlage eine Prämie auf die kapitalistische Zwangspolitik und darum thut nicht sie noth, sondern die Annahme eines Antrages, wie er 1890 von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen das Verlep'sche Ausnahmegesetz vorgeschlagen wurde und welcher lautet: „Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen oder durch Verurtheilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen oder Vereinen nicht theilzunehmen oder ihnen nicht Folge zu leisten, sowie Derjenige, welcher mit Anderen vereinbart, Arbeitern deshalb, weil sie an solchen Verabredungen oder Vereinigungen theilnehmen oder theilgenommen haben, die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen oder sie aus der Arbeit zu entlassen, wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.“ Eine solche gesetzliche Bestimmung zum Schutze der Koalitionsfreiheit ist eine dringende Nothwendigkeit, d. h. die Verfolgung der thätlichlichen kapitalistischen Zwangspolitik und nicht eines frei erfundenen, angeblichen und sozialdemokratischen Koalitionszwanges.

Was Dr. Demmer als „Belege“ für seine Behauptungen, als „Beweise“ für die „Nothwendigkeit“ der Zuchthausvorlage vorbrachte, war so werthlos, so phrasenhaft und so alt, daß es sich nicht lohnt, hier näher darauf einzutreten. Nur zwei Punkte seien noch kurz berührt. Der eine betrifft die Kritik gegen die „Katheder Sozialisten“, insbesondere gegen den Berliner Universitätsprofessor Dr. Schmoller, weil sie auch deshalb Gegner der Zuchthausvorlage sind, „weil die Arbeiter ein solches Gesetz als Ungerechtigkeit empfinden“. Dr. Demmer, der offenbar das Zeug zu einem zweiten Kari Peters in sich spürt, ist empört darüber, daß man den Arbeitern gegenüber von „Empfindlichkeit“ und „Gefühl“ redet. Wie kann man um Gotteswillen der proletarischen Kanaille gegenüber, die gerade gut genug ist zur Produktion von Gewinn und Dividenden und Lantienem, von fetten Gehältern für Generalsekretäre, Rücksicht auf ihre Gefühle nehmen! Das wäre das Ende des kapitalistischen Klassenstaates, der Herrschaft des Geldjacks und seiner Handlanger. Angesichts solcher Erscheinungen begreift man den Jubel dieser Gesellschaft über das Dresdener Schiedensurtheil und begreift man die Begeisterung für die Zuchthausvorlage, für Ausnahmegeetze aller Art, für schwarze Listen und Ausgrenzung der Arbeiter, die nicht stumpfe Sklaven sein wollen; und da begreift man auch die Wuth gegen jene Professoren, die sich eine eigene Meinung gewahrt haben und nicht Handlanger von Stumm und Konjorien sein wollen. Der Kaiser kann nicht ertragen, daß Andere etwas Besseres sein wollen, als er.

Der zweite Punkt betrifft England. Dr. Demmer hat sich durch seine tendenziöse Darstellung der englischen Verhältnisse schon so viele Blamagen und wünschenswerthe Prügel zugezogen, daß er hier nichts mehr zu verlieren hat. In seiner Münchener Wanderpredigt wies er zum hundertsten Male neuerdings auf die englische Gesetzgebung hin, welche angeblich das Postenfischen mit Geldstrafen bis zu 20 Pf. Sterl. (gleich 400 M.) oder mit Gefängnißstrafen bis zu 3 Monaten bedroht. Wie es sich damit in der Praxis verhält, ist nachstehend an einem Falle aus dem Leben gezeigt. Vor einiger Zeit wurde in London der Sekretär der Seemannsunion verhaftet, weil er sich als Streikposten an Bord eines Schiffes begeben und dort die Anwerbung von Mannschaften hatte verhindern wollen, und weil er trotz Aufforderung das Schiff nicht verließ. Der Polizeikommissar hatte die Haftentlassung angeordnet, da der Polizist als Verhaftungsgrund angegeben hatte, daß der Verhaftete Arbeitswillige zur Nichtannahme von Arbeit überredet habe. Nach dem Urtheil des Polizeikommissars berechnete dies den Polizisten nicht, zur Verhaftung zu schreiten. Gegen den Sekretär waren nun, wie die Berliner „Volk-Zeitung“ berichtet, mehrere Klagen ergangen. Diese Anklagen lauteten: 1. Der Verhaftete habe sich gegen das Gesetz vergangen, weil er Leute zum Streik veranlaßt habe für den Fall, daß nicht höhere Löhne bewilligt würden; 2. weil er sich geweigert habe,

das Schiff zu verlassen; 3. weil er an Bord des Schiffes zum Streik aufgefordert habe. Das Urtheil des Polizeigerichts West-Ham, das über diese Klagen zu entscheiden hatte, lautet: 1. „Obgleich es ein Verstoß gegen das Kauffahrtei-Schiffahrtsgesetz ist, Leute von der Ausübung ihrer Pflicht abzuhalten, so ist es doch kein Verstoß gegen dieses Gesetz, Leute zu überreden, zur Erreichung höherer Löhne zu streiken.“ 2. „Jackson hat nicht gegen das genannte Gesetz verstoßen, indem er sich weigerte, das Schiff zu verlassen.“ 3. „Wenn auch das „Verschwörungs- und Eigenthumschutzgesetz“ es gestattet, Leute außerhalb der Arbeitsräume zu überreden, nicht die Arbeit aufzunehmen, so ist es doch ungesetzlich, dies an Bord eines Schiffes zu thun.“ Jackson wurde wegen dieses Vergehens „an Bord des Schiffes“ zu 5 Pf. Sterl. Geldstrafe verurtheilt. Die Union der Seeleute will auch noch gegen dieses Urtheil vorgehen, da sie der Ansicht ist, daß auch an Bord des Schiffes der Streikposten seine Versuche, Andere zur Arbeitseinstellung zu überreden, unternehmen darf.

Aus diesem Prozeß geht die absolute Freiheit der englischen Arbeiter hervor. In Deutschland könnte man es sich gar nicht vorstellen, daß Streikposten sogar auf Schiffe oder in sonstige Arbeitsstätten eindringen und noch behaupten, ein Recht dazu zu haben, in der Eigenthumsphäre des Unternehmers selbst ihm Arbeiter zu entfremden. Und da will nun ein Demmer die englische Koalitionsgesetzgebung gegen die deutschen Arbeiter und für die Zuchthausvorlage anspielen. Dieses Manipuliren mit der ausländischen Gesetzgebung zu Gunsten der Reaktion ist längst gerichtet. Den „Eisengießern“ aber, die da in München versammelt waren, hat dies gepaßt und darum hat auch keiner derselben etwas dagegen gesagt, sondern haben alle einstimmig die von uns bereits mitgetheilte scharfmacherische Resolution angenommen. Etwas Anderes war von ihnen so wenig zu erwarten, wie von den Disteln Feigen. (Schluß folgt.)

Zur Zuchthausvorlage

hat E. Regien, der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, einen Artikel in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht, der den für die Zuchthausvorlage so begeisterten Scharfmachern den Boden unter den Füßen hinwegzieht. Wie ein kalter Wasserstrahl wirken die Regien'schen Beweisführungen auf die überhitzten Köpfe der Anhänger einer Strangulationspolitik für die Gewerkschaften. Von keiner Stelle konnte das schlagendste Beweismaterial gegen die Zuchthausvorlage besser beigebracht werden, als von der es jetzt geliefert worden ist. Und jetzt, kurz vor dem entscheidenden Kampfe um die Zuchthausvorlage im Reichstage, erfüllt dieses Material am Besten seinen Zweck. Immer mehr und mehr Anhänger der Zuchthausvorlage entpuppten sich, gerade als wenn im Laufe der letzten Zeit immer mehr von der Tarantel der Dividendenwuth und unbefruchteten Herrschaftsgelüste gestochen worden wären. Würde aber die Zuchthausvorlage Gesetz, es trafe die Bergarbeiterorganisation in allererster Linie.

In dieser Beziehung ist beachtenswerth, was Regien in seinem Artikel ansührt:

„Ende der achtziger Jahre war eine lebhafteste Gewerkschafts- und Streikbewegung zu verzeichnen, die 1889/90 ihren Höhepunkt erreichte. (Großer Bergarbeiterstreik. D. N.) Ueber Zahl und Ausdehnung der Streiks in dieser Zeit fehlt es an zuverlässigen Angaben. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder schätzt Dr. K. Oldenburg für Ende 1890 auf 320,213, eine Ziffer, die erst 1896 wieder erreicht wurde. Mit dieser Zunahme der Gewerkschaftsbewegung wuchs auch das Drängen des Unternehmertums nach Verschärfung der Gesetzgebung gegen die Arbeiter. Die Regierung entsprach den Forderungen durch Einbringung des bekannten verschärften § 153 der Gewerbeordnungsnovelle von 1890. Die folgenden Jahre brachten in Folge des wirtschaftlichen Niederganges ein Zurückgehen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, und wenn auch das Unternehmertum während dieser Zeit keineswegs das Scharfmachen der Regierung vollständig unterließ, so trat es damit doch nicht so offenkundig hervor.

Nur der „Zentralverband deutscher Industrieller“ trat aus Furcht vor den Ansprüchen der Bergarbeiter 1893 an die Regierung heran, um sie zur Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung zu veranlassen. Kam aber wurde die Gewerkschaftsbewegung wieder lebhafter, so waren auch die Unternehmer vollzählig wieder auf dem Plan. Die Regierung zeigte sich wiederum willfährig und eröffnete durch das bekannte

Rundschreiben des Grafen Posadowsky einen neuen Feldzug gegen die Gewerkschaften.“

Regien weist nun nach, daß das Vorgehen der Unternehmer und Regierung genau den Schwankungen der Organisationen folgt. Sind die Gewerkschaften im Jahre 1890 im Summa (nach Dr. K. Oldenburg) 320,213 Mann stark, so fielen sie bis 1893 auf einen Mitgliederstand zurück von 229,810. Alles war ruhig, mit Ausnahme der Bergwerksbesitzer, welche vor den Putzchen der Bergarbeiter erschreckten. Nun, diese Putzchen sind längst alle. Aber die Verbände wachsen! Ihre Zahl stieg von rund 230,000 im Jahre 1893 auf 511,242 im Jahre 1898. Und nun droht die Zuchthausvorlage. —

Regien sagt: „Die Befürworter des Gesetzes haben nichts als Worte und Worte, keineswegs aber Beweismaterial ins Feld zu führen.

Dagegen hat die Arbeiterschaft in überreichem Maße ein gegen das Gesetz sprechendes Beweismaterial herbeigeschafft. Hierbei boten die seit 1891 von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands geführten Streik- und Gewerkschaftsstatistiken brauchbare Unterlagen.

Besonders die Statistik über die Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1898 liefert den Nachweis, daß mit dem geplanten Gesetz den nacktesten Unternehmerinteressen gebient werden soll. Durch diese Statistik wird erwiesen, daß das Verlangen der Unternehmer nach Zwangsmaßnahmen gegen die organisierte Arbeiterschaft in dem Maße gewachsen ist, als die Mitgliederzahl der Gewerkschaften stieg und die Streiks den Arbeitern Erfolg brachten. Daraus ergibt sich, daß die Unternehmer das Zuchthausgesetz nicht fordern, damit die Ausschreitungen bei den Streiks beseitigt oder verringert werden, sondern weil sie, wie dies auch aus dem Gesetz selbst erkennbar ist, erwarten, daß mit demselben die Gewerkschaften selbst beseitigt oder wenigstens in ihrer Fortentwicklung gehemmt würden. Die Kulturfeindlichkeit eines solchen Bestrebens wird aber deutlich aus der Statistik bewiesen, weil aus ihr hervorgeht, daß die Gewerkschaften erheblich größere Mittel zur Vinderung des Glucks und der Noth und zur Erhöhung der Bildung ihrer Mitglieder aufwenden, als für Streikzwecke.

Und schließlich wird, worauf es im gegenwärtigen Moment hauptsächlich ankommt, der Nachweis geführt, daß die Zahl der Streikvergehen verhältnismäßig sehr gering ist und um ihretwillen die Gesetzgebung nicht verschärft zu werden braucht.“

Table with 10 columns: Jahr, Anzahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, Gesamtsumme, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten. Rows include years 1890/91 to 1898 and a total row.

Diese Statistik umfaßt nicht alle Streiks, die zu verzeichnen waren, doch genügt sie, um zu erkennen, daß in den letzten Jahren nicht nur die Zahl der Streiks gewachsen, sondern auch den Arbeitern der Erfolg in steigendem Maße zugefallen ist. Berücksichtigt man weiter, daß in den Jahren 1892, 1893 und 1894 von sämtlichen Streiks 72,6 bezw. 69 und 69,5 Prozent Abwehrstreiks waren, die Arbeiter sich also in diesem Zeitraum in der Defensive befanden, während sie in den folgenden Jahren zum Angriff übergingen, so geht man sicher nicht fehl, wenn man

behauptet, daß die Unternehmer aus diesen Gründen und nicht aus Liebe für die Arbeitswilligen die Gesetzgebung gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft mobil machen wollen. Und daß die Regierung den Unternehmern auf diesem Wege zu folgen gedenkt, hat sie nicht nur durch Einbringung des Zuchthausgesetzes bewiesen, ihre Vertreter haben es auch im Reichstag ausgesprochen. Der Staatssekretär des Innern hat die Gewerkschaften als Streikvereine bezeichnet und erklärt, er halte das Koalitionsrecht in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht für entbehrlich.

Es ist jedenfalls überflüssig, an dieser Stelle den Nachweis zu führen, wie irrtümlich die letztere Anschauung ist, und wollen wir uns darauf beschränken, nachzuweisen, wie wenig der Staatssekretär die Gewerkschaften und ihre Thätigkeit kennt, und was es mit seiner Behauptung von den Streikvereinen auf sich hat. Zwar ist richtig, daß in den meisten Gewerkschaften Deutschlands die Einrichtungen, die dem Interesse des einzelnen Mitgliedes dienen, besonders die Unterstützungseinrichtungen, noch nicht genügend entwickelt sind. Hieran sind aber in erster Linie gerade die fortgesetzten gewalttätigen behördlichen und gesetzgeberischen Eingriffe, die zeitweilig zu einer fast vollständigen Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisationen führten, schuld. Steht doch auch heute noch jede einzelne Organisation vor der Gefahr, von irgend einer Polizeibehörde aufgelöst zu werden. Das Koalitionsrecht in Deutschland ist ein Recht von Polizeigütern und sichert die Gewerkschaften keinen Augenblick vor behördlichen Eingriffen. Trotzdem haben die Gewerkschaften für Unterstützung und Bildung ihrer Mitglieder Einrichtungen getroffen, deren Erhaltung bedeutend größere Ausgaben erfordern, als die Streiks. Stellen wir in Vergleich, wie viel aus den Gewerkschaftskassen für Streiks und wie viel für Arbeitslosen-, Reise- und sonstige Unterstützungen und für die Lieferung von Lesestoff an die Mitglieder verausgabt worden ist, so erhalten wir folgendes interessante Bild.

Verwendungszweck	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	Gesamt
Arbeitslosenunterstützung	10,848	9,705	12,642	12,902	16,871	18,849	80,147	48,878	159,797
Reiseunterstützung	286,964	28,821	14,080	40,307	87,846	80,870	89,978	448,256	2,801,054
Lesestoffunterstützung	14,787	286,964	28,821	14,080	40,307	87,846	80,870	89,978	448,256
Streikunterstützung	64,290	857,087	220,926	289,750	106,912	248,201	260,816	275,404	1,887,886
Streikrenten	—	—	304,648	425,480	454,114	480,088	454,494	491,054	2,500,417
Streikunterstützung	—	21,972	—	—	—	57,947	68,088	79,587	227,594
Rechtliche Streitfälle	—	25,284	41,762	41,744	42,080	58,837	64,966	78,410	348,082
Einzelnahmen	234,208	1,038,619	986,947	1,084,970	1,051,887	1,150,719	1,197,960	1,291,807	7,981,976
Streikorgan	154,015	285,475	292,157	265,957	274,388	362,708	439,259	518,949	2,592,978
Unterstützung für Streikorgan	388,223	1,319,034	1,229,104	1,350,927	1,326,255	1,513,426	1,637,219	1,810,616	10,574,894
Streikunterstützung	1,037,789	41,948	65,356	188,980	259,589	944,372	881,758	1,073,290	4,490,077

Es veranschaulicht die Gewerkschaften für: Diese Zahlen veranschaulichen deutlich, daß die Gewerkschaftsorganisationen im Interesse der Arbeiterbevölkerung mehr leisten, als irgend eine andere Institution, welchen Namen sie auch tragen mag. Wieviel weitere Arbeiter sind durch die Arbeitslosenunterstützung, die sie von der Gewerkschaft erhalten, davor bewahrt worden, die demoralisierende Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen; wieviel hat die Reiseunterstützung davor bewahrt, zu dem sogenannten

Vagabundenthum herabzusinken. Und welche kulturfördernde Bedeutung ist der Lieferung des Verbandsorgans an die Gewerkschaftsmitglieder beizulegen! Man mag von gegnerischer Seite erklären, daß die Gewerkschaftspresse eine revolutionäre Tendenz habe, das eine werden ehrliche Gegner jedoch unbedingt zugestehen müssen, daß sie der Arbeiterschaft geistige Anregung gibt und dadurch nicht wenig dazu beiträgt, deren geistige Fähigkeiten zu sicherer Entwicklung zu bringen. Zum nicht geringen Theile ist der gewaltige Aufschwung der deutschen Industrie, der Intelligenz der deutschen Arbeiterklasse zu danken, einer Intelligenz, welche diese nicht durch den Schulunterricht sondern durch Theilnahme am öffentlichen und politischen Leben, sowie in der Schule der Organisation sich erworben hat.

Und ist denn schließlich die Ausgabe für Streiks eine solche, die den Kulturinteressen zuwider läuft? Keineswegs, denn die Höhe der Kultur einer Nation beruht doch nicht darauf, daß einzelne Personen in Folge ihrer günstigen wirtschaftlichen Position Hervorragendes leisten, sondern daß das gesamte Volk ein hohes geistiges Niveau besitzt. Daß der Erwerb höherer geistiger Befähigung abhängig von der Lebenshaltung des Individuums ist, bedarf keiner Auseinandersetzung. Die von den Gewerkschaften für Streiks aufgewandten Summen dienen aber zur Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und demnach, wie alle anderen Aufwendungen der Organisationen, Zwecken der Kultur. Nutzt demnach die Regierung im Interesse des Unternehmertums ihre Macht aus und bleibt sie auf der jetzt eingeschlagenen Bahn, so liefert sie damit auf's Neue den Beweis, daß nicht Kulturinteressen, sondern Klasseninteressen das Leitmotiv ihrer Handlungen bilden. Sicher ist aber eines, unterdrücken läßt sich die Gewerkschaftsbewegung nicht, auch wenn Zuchthausstrafe den Organisatoren der Gewerkschaften droht. Arbeitern, die bereit sind, trotz oft recht fargen Arbeitsverdienstes solche Opfer für die Gewerkschaften zu bringen, wie es thatsächlich geschieht, raubt man die Erkenntniß von der Nothwendigkeit der Organisationen nicht, am allerwenigsten aber durch Gewaltmaßregeln. Nehmen wir nur aus der Statistik für 1898 einige Ziffern über die Beiträge, die die einzelnen Mitglieder für die Gewerkschaften leisteten. Es vereinnahmten pro Kopf der Mitglieder und Jahr in Mark: Buchdrucker 56,21, Gutmacher 33,88, Bildhauer 25,99, Zigarrensortierer 21,12, Gastwirthsgehilfen 20,79, Graveure 17,96, Handschuhmacher 17,94, Porzellanarbeiter 17,76 u. s. w. Allerdings einige Organisationen hatten sogar weniger als 4 M. Jahresbeiträge pro Kopf der Mitglieder, doch handelt es sich hier um Berufe, in denen die Organisationsarbeit noch jung ist. Beitragsleistungen, wie die genannten, setzen ohne Weiteres eine tiefgewurzelte Ueberzeugung voraus, und diese bleibt bestehen, trotz aller Verfolgungen. Eine derartige Bewegung kann die Regierung mit ihrem geplanten Ausnahmegesetz nicht unterdrücken, wohl aber kann sie, wie sie es schon einmal mit dem Sozialistengesetz gethan hat, die kulturfördernde Thätigkeit der Gewerkschaften hemmen, und diese damit zwingen, den Klassenkampf in verstärktem Maße zu propagieren. Die Unterdrückungsmaßregeln erfolgen im Interesse der besitzenden Klassen; deswegen muß der Kampf gegen diese Maßregeln ein Klassenkampf im ausgeprägtesten Sinne des Wortes sein. Den Gewerkschaften diesen Kampf zur Pflicht zu machen, das wäre Alles, was die Regierung mit dem Zuchthausgesetz erreichen würde.

Aber, und das ist die entscheidende Frage, haben sich bei den Streiks nicht Zustände entwickelt, die eine Aenderung der Gesetze nach den Vorschlägen der Regierung rechtfertigen? Nach der Meinung der Regierung wohl, doch die Zahlen der Streik- und Kriminalstatistik beweisen, daß diese Meinung völlig unbegründet ist. Wie sich die Zahl der wegen Streikvergehen Bestraften zur Zahl der Streikenden stellt, zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Streiks	Betheiligte Personen	Bestrafte Personen	Auf 1000 Betheiligte kommen Bestrafte
1892	73	3022	74	24,5
1893	116	9356	38	4,1
1894	131	7329	47	6,4
1895	204	14032	93	6,6
1896	483	123808	252	2,0
1897	578	63119	249	4,0
1898	985	60162	300	4,9
Gesamt	2570	285828	1058	3,7

Für 1898 liegen die Ziffern der Kriminalstatistik noch nicht vor und ist die Zahl der bestrafte Personen nach den Mittheilungen der Vorstände der Gewerkschaften angegeben. Diese Angaben sind aber sicher nicht zu niedrig, weil in der Kriminalstatistik manche Bestrafung wegen Streikvergehen, die nicht auf Grund des § 153 erfolgte, anders rubricirt werden

dürfte, während die Gewerkschaftsvorstände alle Bestrafungen angeführt haben, die bei Streiks zu verzeichnen waren. Es könnte sich höchstens noch um Streikvergehen handeln, die bei solchen Streiks vorfallen, die nicht von organisierten Arbeitern geführt wurden, und um einige Vergehen aus dem Jahre 1897, die erst 1898 in letzter Instanz zur Entscheidung kamen, und diese Zahl dürfte kaum wesentlich ins Gewicht fallen. Auch dadurch, daß die 26 Personen, die bei dem Streik in Torgelow wegen Landfriedensbruch mit zusammen 5 Jahren Zuchthaus und 14 1/2 Jahren Gefängniß bestraft wurden, in der bevorstehenden Ziffer für 1898 nicht angeführt sind, wird das Prozentverhältniß der Bestraften wenig geändert. Es würden unter Hinzurechnung dieser Personen für 1898 auf 1000 Streikende 5,4 Bestrafte kommen. Das ist besonders unter Berücksichtigung der im letzten Jahre verschärften Polizei- und Gerichtspraxis ein überaus geringer Prozentsatz. Hat doch sogar ein Gerichtshof in einem Urtheil gegen einen Streikenden geäußert, „daß das Verhalten des Angeklagten einen Angriff auf die bestehende Gesellschaftsordnung enthält, denn das Gericht erblickte in der Handlung des Angeklagten das tabulswürdige Verhalten eines Aufwieglers, der andere ehrliche Leute von der Arbeit abhält und ihnen Ungelegenheiten bereitet.“

Und trotz dieser in allen Streitprozessen vorherrschenden Tendenz, die ganz der von oben gegebenen Anregung entspricht, ist doch nur ein so geringer Bruchtheil der Streikenden bestraft worden! Daß auch das geringste Vergehen bei Streiks im letzten Jahre geahndet wurde, steht wohl fest. Nun aber weist die Kriminalstatistik aus, daß im Jahre 1897 wegen Vergehen und Verbrechen im Deutschen Reich 463,267 Personen, oder auf 1000 strafmündige Personen 12,48 bestraft worden sind. Für 1898 dürfte das Verhältniß keineswegs günstiger ausfallen. Man fragt sich vergeblich, wo die Regierung Angesichts dieses Zahlenverhältnisses den Muth hernimmt, von der Nothwendigkeit des Zuchthausgesetzes zu sprechen. Es kommt noch hinzu, daß die auf Grund des § 153 und anderer Strafgesetzbuchparagrafen wegen Streikvergehens im Jahre 1898 bestrafte 300 Personen insgesammt 330 Monate und vier Tage Gefängnißstrafe, 16 1/2 Wochen Haft und 684 Mark Geldstrafe erhielten. Die Richter haben, wie aus den Einzelheiten der Statistik hervorgeht, nur ausnahmsweise das höchste Strafmaß angewandt, obgleich andererseits für eine einem Streikbrecher gegenüber gethane vermeintliche Drohung nicht weniger als 5 Monate Gefängniß einem Streikenden zuerkannt wurden. Dieser letzte Umstand gibt uns das Recht, zu behaupten, daß die niedrigen Strafen sicherlich nicht auf die Milde der Richter zurückzuführen sind, sondern in den meisten Fällen die Straftat so milder Natur war, daß nicht gut auf eine höhere Strafe erkannt werden konnte. Die Statistik der Generalkommission zählt ferner noch 234 Personen, die mit 52 1/2 Wochen Haft und 2177 Mark wegen groben Unfugs, und 68 Personen, die mit 18 Wochen Haft und 702 Mark Geldstrafe wegen Uebertretung von Polizeivorschriften bei Streiks bestraft sind. Diese Strafen können als wegen Streikvergehen verhängte nicht angesehen werden, weil sie auf einer willkürlichen Anwendung des § 360, 11 des Strafgesetzbuches beruhen und erst durch besondere Polizeivorschriften für die Arbeiter während des Streiks geschaffen worden sind. Sie sind höchstens ein Beweis dafür, daß heute auch das geringste Vergehen Streikender zur Strafe gezogen wird, und Dinge als straffällige Thaten angesehen werden, die, wie das Streikpostenstehen, als eine selbstverständliche, von natürlichen rechtlichen Grundätzen aus unanfechtbare Handlung angesehen werden müssen. Wäre bei diesen künstlich geschaffenen Streikdelikten auch nur die geringste Verfehlung gegen einen Streikbrecher vorhanden gewesen, so wäre bei der Tendenz, in dem Streik „einen Angriff auf die bestehende Gesellschaftsordnung“ zu sehen, sicher eine Bestrafung wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung erfolgt. Diese Bestrafungen dokumentiren, daß jede Belästigung der „für den Staat nützlichen Elemente“ unachtsamlich zur Strafe gezogen wird, und daß Streikvergehen außer denen, die auf Grund des § 153 in Verbindung mit anderen Paragrafen des Strafgesetzbuches bestraft wurden, nicht vorgekommen sind, die massenhaften Ausschreitungen bei Streiks also nur in der Phantastie des Erfinders der Denkschrift bestehen.

Nach der Begründung, die die Regierung dem Zuchthausgesetz gegeben hat, sollte man annehmen, daß bei jedem Streik grauenhafte Zustände herrschen. Auch darüber, inwieweit diese Behauptungen auf Wahrheit beruhen, bietet die Streikstatistik der Generalkommission lehrreiches Material. Es waren 1898 im

44 Gewerben Streiks zu verzeichnen, doch kamen nur in 21 Gewerben Bestrafungen irgend welcher Vergehen bei Streiks vor. Und auch nicht etwa bei allen Streiks, die in diesen Gewerben geführt wurden. In den 21 Gewerben fanden 668 Streiks statt, und nur bei 107, das ist bei 16 Prozent derselben, kamen Verfehlungen irgend welcher Art vor. Von den insgesamt zu verzeichnenden Streiks sind dies 10,8 Prozent. Daß seitens der Vorstände der Gewerkschaften nicht etwa der Versuch gemacht worden ist, die Thatsachen irgendwie zu Gunsten der Streikenden zu verschleiern, geht aus dem Umstand hervor, daß von einer Gewerkschaft über eine Bestrafung berichtet wird, die in Folge des Angriffs eines Streikbrechers auf einen Streikenden erfolgte. Jeder der Kämpfenden erhielt zwei Monate Gefängnis, und auch diese Strafe ist in der Statistik der Generalkommission mit enthalten.

Vermöchten Thatsachen auf die Stellungnahme der deutschen Regierung einen Einfluß auszuüben, so müßte sie von ihrem Vorhaben ablassen. Unbekannt sind ihr diese Thatsachen nicht, und außerdem stehen ihr ganz andere Mittel zur Verfügung, als einer Arbeiterkommission, um durch thatsächliche Feststellungen den Nachweis für die Notwendigkeit des Zuchthausgesetzes führen zu können. Den leeren Behauptungen der Regierung stellen wir eine Reihe von Thatsachen entgegen, die erweisen, daß sich hinter dem Schutze der Arbeitswilligen nichts anderes verbirgt, als der Schutze der Profitwuth des Unternehmertums.

Aufgaben für den Winter.

Nur eine kurze Spanne Zeit trennt uns noch von dem Eintritt des Winters, der nicht bloß im Haushalte und in vielen anderen Verhältnissen Änderungen bewirkt, sondern auch starken Einfluß auf die Gestaltung des Vereinslebens hat. Der Winter mit seinen kurzen Tagen und langen Nächten sowie mit seiner rauhen Witterung ist dem Aufenthalt in geschlossenen Räumen günstig, ja bedingt denselben und kommt so auch den Versammlungen der Gewerkschaften und ihrer inneren Thätigkeit zu Gute.

Während des Sommers ist die Klage über den schlechten Besuch von Sitzungen und Versammlungen allgemein, wobei es ganz gleichgültig ist, ob es sich um solche politischer oder gewerkschaftlicher Art, um Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen oder anderer Vereine handelt; und diese Klage erdnt nicht bloß in Bayern oder Preußen, sondern in ganz Deutschland und auch anderwärts. Der Sonntag scheidet für Versammlungen im Sommer fast vollständig aus und an den schönen Abenden von Wochentagen ziehen es viele Mitglieder, darunter oft sehr tüchtige, vor, lieber in frischer Luft einen Spaziergang zu machen oder sich in einen Garten zu einem Glase Bier zu setzen, als einige Stunden in einem Versammlungslokale zuzubringen. Man kann das begreifen und würdigen, muß es aber doch bedauern. Gewiß ist es dem Arbeiter zu gönnen und auch zu wünschen, daß er während der schönen Jahreszeit nach seinem langen Tagewerk in Fabrik oder Werkstatt einige Stunden freie Zeit zur Erholung und zum Leben hat und um ihm diese zu verschaffen, wird ja der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Wir wünschen und gönnen dem verheirateten Arbeiter das glücklichste Familienleben, er möge seiner Frau ein rechter Gatte und seinen Kindern ein tüchtiger Vater sein; er soll seine Pflichten als Ernährer der Familie voll und ganz erfüllen, aber er soll sich darüber hinaus auch noch etwas Zeit für andere wichtige Angelegenheiten zu erübrigen wissen. So wenig wir die vier Wände und den Kochherd als das einzige Ideal und als den alleinigen Lebensinhalt für die Frau ansehen, so wenig können diese ehewürdigen Dinge genügen, das Leben des Mannes neben der Fabrikarbeit auszufüllen. In unserer bewegten Zeit der sozialen Kämpfe genügt es nicht mehr allein, ein guter Familienvater zu sein, indem man seine freie Zeit ausschließlich in seinen vier Wänden verbringt, sondern man muß sich auch darum kümmern, was draußen, außerhalb der engen Wohnstätte vor sich geht; was auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sich ereignet, ob die Aussichten für dauernde Beschäftigung gute oder schlechte sind, ob die Arbeitslöhne steigen oder fallen, ob die Lebenshaltung theurer oder billiger wird, ob die eigenen Arbeitsverhältnisse befriedigend oder verbesserungsbedürftig, ob die Nebenarbeiter, die Kollegen, organisiert oder nicht, wie sie gesinnt sind usw. Das heißt, der Arbeiter von heute muß Politiker und Kämpfer sein, wie denn auch der Dichter sagt: Reicher sein, heißt Kämpfer sein!

Wir meinen also, daß sowohl der ledige als der verheiratete Arbeiter von seiner freien Zeit trotz Spaziergängen und Familienleben sich so viele Stunden erübrigen sollte, auch im Sommer, als zum Be-

suche der Gewerkschaftsversammlungen nötig ist. Das Schwänzen der Versammlungen hat auf die Mitglieder von Arbeiterorganisationen dieselben Wirkungen, wie das Schwänzen der Schule auf die Schüler: man verliert daran die Lust und das Interesse, was bei den Arbeitern gewöhnlich dazu führt, daß sie mit ihren Beiträgen im Rückstande bleiben, dieselben nicht mehr zahlen und so schließlich der Gewerkschaft vollständig fernbleiben. Ein großer Theil der alljährlich zu verzeichnenden bedeutenden Mitgliederverluste erklärt sich auf diese Weise.

Es gilt also und dies ist eine sehr wichtige Aufgabe, diesen bedauerlichen Erscheinungen entgegenzuwirken und dazu ist auch die Gunst des Winters zu benutzen, da während dieser Jahreszeit die Mitglieder viel leichter und zahlreicher in die Versammlungen zu bringen sind. Es gilt nun, von denselben Alles fernzuhalten, was ihren Besuch verhindert, also alle persönlichen Reibereien und Streitigkeiten, was am Besten dadurch geschieht, daß man stets die Sache von der Person trennt und so vermeidet, in der Diskussion über eine Frage persönlich zu werden, statt sachlich zu bleiben. Die größte Gefahr, die Diskussion statt mit sachlichen Gründen und Erörterungen mit persönlichen Anrempelungen zu führen, besteht immer bei denen am Cheften, die am Wenigsten wissen. Freilich können auch kleinliche Rivalitäten zwischen einzelnen, sonst tüchtigen Mitgliedern ebenfalls zu persönlicher und daher unerquicklicher Zuspitzung der Diskussion führen, wenn der Eine fürchtet, daß der Andere bei den Mitgliedern höher geschätzt und geachtet werden könnte, als er selbst. Da sollten dann eben diese selbst dazwischen treten und den zum Schaden des Vereinslebens betriebenen kleinlichen Rivalitäten ein Ende machen. Ein gesunder Ehrgeiz und ein gewisses Aufwärtstreben der Genossen ist durchaus berechtigt, aber es darf nicht auf Kosten des Gedeihens der Bewegung geschehen. Wir brauchen viele intelligente Kräfte und wollen ja die ganze Arbeiterschaft auf einer höheren geistigen Stufe haben und darum kann man auch hier mit dem Dichter sagen: Raum für Alle hat die Erde, d. h. mit anderen Worten: unsere Bewegung bietet allen geistigen Kräften genügend Raum zu fruchtbarer Betätigung.

Andererseits sollte man bestrebt sein, die Versammlungen recht anziehend und interessant zu gestalten, so daß jedes Mitglied dieselben gerne besucht und sich förmlich auf deren Besuch freut. Wodurch kann man aber die Versammlungen anziehend gestalten? Offenbar dadurch, daß man nicht bloß formelle und mehr oder weniger kleine geschäftliche Angelegenheiten behandelt, die sich fast regelmäßig wiederholen und so den Verlauf der Versammlungen zu einem rein schematischen und daher langweiligen machen, sondern daß man etwas geistig Anregendes und Belehrendes bietet. Der Stoff hierfür ist unererschöpflich, namentlich aber für die Metallarbeiter. Damit meinen wir, daß nicht allein soziale und wirtschaftliche (nationalökonomische), speziell gewerkschaftliche, sondern namentlich auch technische Fragen behandelt werden sollten, womit man ein weites Gebiet betritt. Vorträge können gehalten werden über den Erzbau, die Beschaffenheit der verschiedenen Erze, die tausendfach verschiedenen Verarbeitungen, die vielen verschiedenen Branchen der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, über den Maschinenbau, die Elektrotechnik, das Eisenbahnwesen usw. An Vortragenden dürfte es kaum fehlen. Warum sollte man z. B. nicht den Direktor oder Ingenieur einer Fabrik ersuchen, über irgend eine technische Frage in einer Gewerkschaftsversammlung zur Belehrung der Arbeiter einen Vortrag zu halten? Erhält man eine ablehnende Antwort, so ist diese „Niederlage“ zu ertragen und man ist um eine Erfahrung reicher; wird dem Gesuche aber Folge geleistet, so hat der Herr Vortragende Gelegenheit, einmal persönlichen Einblick in eine Gewerkschaftsversammlung zu erhalten und sich zu überzeugen, daß es auch hier menschlich, aufständig und geordnet zugeht. Warum könnte man nicht einen Professor oder sonstigen Schullehrer um die Abhaltung eines geeigneten Vortrages ersuchen oder einen anderen gebildeten Mann, der etwas bieten kann? Selbstverständlich sollen unsere eigenen Redner darum nicht hintangeseht werden, ihnen bleiben vor Allem die agitatorisch-belehrenden Referate reserviert, sie können aber auch ebenfalls technische Gegenstände behandeln. Ein erfahrener Schlosser, Dreher, Spengler, Formner, Monteur u. wird jederzeit aus der Praxis wertvolle Mittheilungen machen können, die den jüngeren Kollegen und Mitgliedern von größtem praktischen Nutzen sind; vielleicht kann sogar für die eine oder andere Branche von der Gewerkschaft ein praktischer Fachkurs veranstaltet und dadurch das Wissen und Können der Teilnehmer bereichert werden. Im Nothfalle kann man

Vorlesungen veranstalten und Diskussionsstunden, die gleichfalls anregend gestaltet werden können. Junge, geistig strebsame Mitglieder sollten möglichst zu positiver Mitarbeit herangezogen werden, denn dadurch wird ihr Interesse an der Sache gesteigert, sie werden zu weiterer Fortbildung angeregt und ihre Liebe zur Organisation wächst, was den Gewinn einer neuen agitatorischen Kraft bedeutet.

Zur inneren Vereinsthätigkeit gehört selbstverständlich die Pflege der vorhandenen Einrichtungen, wie des Unterstützungswesens, die Erforschung der Arbeits- und Lebensverhältnisse am Orte und die Verbreitung der davon erlangten Kenntnisse, die Beseitigung von geschäftlichen Mißständen und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Erfahrungsgemäß weckt und interessiert die Arbeiter am meisten ein Kampf mit den Unternehmern. In solchen Zeiten sind die Versammlungen am besten besucht, ist ihr Verlauf der lebhafteste und der Gewinn an Mitgliedern am größten. Man kann aber dieser Wirkungen wegen nicht jeden Tag einen Streik anfangen, ja im Gegentheil muß es die höchste Aufgabe der Gewerkschaft sein, den Streik zu vermeiden, indem sie als die organisierte Vertretung der Arbeiter die notwendigen Verbesserungen auf gutlichem Wege zu erreichen sich bestrebt. Aber selbst wenn der Streik unvermeidlich, so ist er nicht die höchste Aufgabe einer Organisation; diese besteht vielmehr darin, das Errungene auf die Dauer festzuhalten und zu diesem Zwecke ist der feste organisatorische Zusammenschluß der Arbeiter so unerläßlich, wie zur Erämpfung von Errungenschaften selbst. Wo dieser Zusammenschluß nicht von nachhaltiger Dauer, da sind die erkämpften Erfolge ebenfalls nur von kurzer Dauer; im günstigen Augenblicke nimmt der Unternehmer die früher gemachten Zugeständnisse offen oder auf Umwegen wieder zurück.

Für diesen Winter obliegt den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern noch eine besondere außerordentlich wichtige Aufgabe, bei der es sich um das Sein oder Nichtsein der Gewerkschaftsbewegung handelt, nämlich der Kampf gegen die Zuchthausvorlage. Auf den Zusammentritt des Reichstages hin, der Mitte November erfolgt, sollte und müßte noch in jedem Orte mindestens eine Protestversammlung stattfinden und sollten in ganz Deutschland Petitionen an den Reichstag um Ablehnung der Zuchthausvorlage zirkulieren, die mit Millionen von Unterschriften bedeckt werden sollten. Außerdem sollte jede Protestversammlung eine ebensolche Petition an den Reichstag beschließen und an denselben abgehandelt werden. Den paar Tausend Scharfmachern mit ihren verbrecherischen Hebereien müssen die Millionen Arbeiter mit ihrem heiligsten Rechte gegenübergestellt werden. Hier würde die Unthätigkeit der Arbeiter zum Selbstmord.

Zur weiteren inneren Vereinsthätigkeit gehört auch die Pflege der gemüthlichen Seite des Lebens, die Pflege der Kollegialität und Freundschaft, die eine Gewerkschaft zum Heim für jedes Mitglied und die ganze Arbeiterbewegung zu einer großen proletarischen Familie macht. Man soll nicht einseitig nur den Ernst des Lebens pflegen, sondern auch der Gemüthlichkeit, der Erholung, Zerstreuung und Unterhaltung ihr Recht werden lassen. Der die ganze Woche überangestrengte und geplagte Arbeiter, der verärgert und mißmuthig ist, hebraß vielmehr der angenehmen Zerstreuung als der Bourgeois, für den alle 365 Tage des Jahres Festtage sind. Es ist auch nicht der Zweck der Arbeiterbewegung Enttäuschung zu üben und auf ein besseres Jenseits zu vertrösten, sondern das irdische Leben heiter und angenehm zu gestalten. Die Pflege der Gemüthlichkeit führt auch die Frauen in die Bewegung hinein und bringt sie mit derselben in nähere Berührung; sie kommt so einmal aus ihren vier Wänden hinaus unter andere Leute, sie darf sich auch einmal des Lebens freuen und je nachdem darf man an sie vielleicht auch ein crustes, ermunterndes und aufklärendes Wort richten.

Es ist eine Kunst, die noch sehr der Übung bedarf, für unsere Gewerkschaften neue Mitglieder zu gewinnen, es ist aber eine noch größere Kunst, die gewonnenen Mitglieder auch für immer zu behalten, damit die Organisation endlich aufhört, für unentschlossene und wankelmüthige Mitglieder ein Laubenschlag zu sein.

Unsere vorstehenden Ausführungen sollen der Förderung der Vereinsthätigkeit, der Anregung des Vereinslebens und dem Ausbau unserer Gewerkschaften dienen; wenn sie in diesen Richtungen nur einigen Erfolg hätten, so wäre ihr Zweck erfüllt. Darum rufen wir unseren Kollegen zu: Frisch an die Arbeit, hoch die Organisation!

des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei an den Parteitag in Hannover haben wir folgenden, die Gewerkschaften besonders interessierenden Abschnitt heraus:

Der andauernd günstige Geschäftsgang in den meisten größeren Industrien und Gewerben hat zur Folge gehabt, daß die gewerkschaftliche Bewegung unter der deutschen Arbeitererschaft einen früher nie gekannten Aufschwung genommen hat. Der allgemeine Gewerkschaftskongreß zu Pfingsten in Frankfurt a. M. und der allgemeine Bauarbeiterkongreß, der wenige Wochen später in Berlin tagte, legten dafür ein glänzendes Zeugnis ab.

Hand in Hand mit der Stärkung der Berufsorganisationen ging das Bestreben, die günstige wirtschaftliche Konjunktur zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zu benutzen. Dies gelang meist ohne größere Arbeitsseinstellungen, obwohl es auch an solchen nicht fehlte. Die Wuth des Unternehmertums darüber, daß die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitern sie zwingt, den Lehteren etwas günstigere Bedingungen zuzugestehen zu müssen, reizte sie zu dem fürnischen Begehren, den Arbeitern auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Koalitionsrechtes zu erschweren, ja, soweit es angeht, unmöglich zu machen. Im Vordertreffen dieser Agitation stehen der Zentralverband der rheinisch-westfälischen Industrie und die meisten Innungsverbände, Allen voran der Bund der Baugewerksmeister. Daß diese reaktionäre und arbeiterfeindliche Strömung auf weitestem Entgegenkommen in den maßgebenden Kreisen rechnen kann, dafür zum Beweis konnten wir im vorjährigen Bericht bereits auf den famosen Erlaß des Grafen von Posadowsky vom 11. Dezember 1897 hinweisen, und auch die viel erörterte Deynhäuser Rede gab ein deutliches Stimmungsbild. Der vorjährige Parteitag hat in einem besonderen Punkt der Tagesordnung Stellung zu jener Rede genommen, nach der Jeder mit Zuchttaus bestraft werden sollte, der zu einem "Streik anreizt". Aber mit dieser Stellungnahme des Parteitages war erst der Anfang einer umfangreichen und ungemein wirksamen Agitation gegen den Verluh, das Koalitionsrecht noch mehr einzuschränken, gemacht. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, seit der Deynhäuser Rede wird die agitatorische und öffentliche Thätigkeit der gesamten deutschen Arbeiterklasse, ohne Rücksicht auf deren Parteizugehörigkeit — beherrscht von der Sorge für das Koalitionsrecht — und von dem Bestreben, dasselbe mit allen zulässigen Mitteln zu verteidigen. Wo immer Arbeitervereinigungen sich zu ihren Generalversammlungen zusammenfanden — auch solche, die ausgesprochenemmaßen zu dem Zwecke der Bekämpfung der Sozialdemokratie in's Leben gerufen wurden —: überall wurde Widerspruch gegen die angeklündigte Zuchttausvorlage erhoben und in entschiedenster Weise gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes protestirt und dessen Erweiterung verlangt.

Diese Einstimmigkeit der gesamten Arbeiterklasse, der sich auch ein großer Theil derjenigen bürgerlichen Presse anschloß, die nicht im Solde der Scharfmacher steht oder wie die konservativ-liberalen und antisemitischen Organe, ihre Spalten nur den Unternehmer-Interessen zur Verfügung stellen, hat zweifellos seine Wirkung nicht verfehlt. Obwohl es in der Deynhäuser Rede heißt, daß das "Gesetz sich seiner Vollendung naht und dasselbe den Volksvertretern noch in diesem Jahre zugehen wird", fand der am 6. Dezember 1898 zusammentretende Reichstag die Vorlage nicht vor. Das Jahr 1898 ging zu Ende und von dem neuen Jahr verstrich Monat um Monat, ohne daß die Vorlage auf der Tagesordnung erschien. Erst kurz vor Schluß der Session, am 5. Juni, wurde dieselbe eingebracht, nachdem Tags zuvor bereits der "Vorwärts", unser Zentralorgan, in der Lage war, die Thatsache der Einbringung anzukündigen.

Die Vorlage findet im parlamentarischen Bericht der Reichstagsfraktion die ihr gebührende Würdigung. Ihr Inhalt zeigt, daß die schlimmsten Befürchtungen der Arbeiter nicht zu schwarz sahen. Es wird mit dem Entwurf nicht mehr und nicht weniger bezweckt, als die Ausübung des Koalitionsrechtes — bei formalem Fortbestehenlassen desselben zur Unmöglichkeit zu machen. Der Entwurf bezweckt ein Ausnahmegesetz gegen die industriellen und gewerblichen Arbeiter. Er ist in den Strafbestimmungen noch viel rigorosier als das frühere Sozialistengesetz und unterscheidet sich von diesem auch dadurch, daß er offen auf das falsche Mitleiden, nur den die "Staats- und Gesellschaftsordnung gefährdenden Unflur" bekämpfen zu wollen, verzichtet, und sich als das gibt, was er ist: ein Ausnahme- und Knebelgesetz gegen die gesamte arbeitende Klasse.

Durch die deutsche Arbeitererschaft ging ein Sturm der Entrüstung, als die Vorlage bekannt wurde. In Tausenden von Versammlungen wurde gegen den in der Vorlage angekrehten Arbeiterkrieg und Unternehmerschuh protestirt und in Millionen von Flugblättern die Arbeiter aufgeklärt darüber, welches Verbrechen gegen ihr wichtigstes Recht und ihre schärfste Waffe im Kampfe um ihre Existenz geplant wird.

Diese Massenagitation ist nicht ohne Wirkung auf die Volksvertreter geblieben, wie der Verlauf der ersten Lesung der Vorlage im Reichstage zeigte. Eine vernichtendere Niederlage hat wohl noch keine Vorlage einer deutschen Regierung im Parlamente erlebt, als sie die viertägige Verhandlung des Reichstags über die Arbeitertruhvorlage brachte.

Freilich, das großindustrielle Unternehmertum hat trotz dieser Niederlage den Mut noch nicht verloren. Ist es auch ausgeschloffen, daß die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt Gesetz wird und dürften sich auch besonders für den Zuchttausparagrafen kaum ein halbes Duzend Stimmen unter den 397 Abgeordneten finden, so hoffen die Scharfmacher doch schließlich etwas von der Vorlage zu retten. Es sind ihre Tintenfüllis und Agitatoren deshalb angewiesen, die Agitation für die Vorlage mit ungeschwächten Kräften fortzusetzen.

Bei dem übermächtigen Einfluß, den das Unternehmertum an maßgebenden Stellen ausübt, ist es ihm ein Leichtes, auch die Regierungsmaschinerie für seine Interessen wieder in Bewegung zu setzen und so kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages der Kampf um den Arbeiterkrieg in schärfster Form weitergeführt wird. Die sozialdemokratischen Vertreter werden in diesem neuen Kampfe ihren Mann stellen wie bisher. Sache der Parteigenossen im Lande ist es, der Agitation der Scharfmacherepresse gegenüber die Volksmassen auf-

zuklären und in Bewegung zu bringen. Den schwankenden Abgeordneten der bürgerlichen Parteien darf kein Zweifel darüber bleiben, daß die Stimmgabe für die Arbeitertruhvorlage gleichbedeutend mit dem Verlust des Mandates bei den nächsten Neuwahlen ist.

Thätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg und Pommern für das erste Halbjahr 1899.

II.

Ueber die Arbeitsleistung gibt die nachstehende Aufstellung die Thätigkeit, der ich diesmal zum Vergleich die Zahlen vom 2. Halbjahr 1898 in Klammern anfüge:

Es wurden 52 Orte (52) besucht, und dazu 186 (173) Meisttage gebraucht. Innerhalb des Bezirkes waren davon 41 (50), außerhalb des Bezirkes 11 (2) Orte gelegen. Die Meisttage verteilen sich wie folgt: Im Bezirk 139 (168), außerhalb des Bezirkes 47 (5). Von den im Bezirk gelegenen Orten wurden am meisten besucht: Torgelow 33 (20) Meisttage, Prösen 16 (9), Rauchhammer 13 (15). Mehr als 3 Meisttage entfallen auf: Anklam, Cottbus, Gassen, Landsberg, Stettin. Außerhalb des Bezirkes entfallen auf Ost- und Westpreußen 24 Tage, auf Schlessen (Neusalz, Wallmih) 9 Tage. Es sind auch diesmal wieder Hilfskräfte herangezogen worden, worüber nachstehende Tabelle Aufschluß gibt. Es entfielen Meisttage

auf den Monat	selbst geleistet	durch Andere
Januar	36 (32)	20 (26)
Februar	27 (29)	24 (21)
März	25 (43)	20 (24)
April	27 (25)	19 (20)
Mai	39 (21)	28 (19)
Juni	32 (22)	28 (18)
	186 (172)	139 (128)

Der Vergleich zeigt, daß die Thätigkeit im verfloffenen Halbjahr eine noch regere gewesen ist, als im Halbjahr vorher. Ganz besonders waren es die Monate Mai und Juni mit ihren Bewegungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den einzelnen Orten, die diese Thätigkeit notwendig machten, und schließlich dazu führten, daß von irgend einer "freien" Stunde keine Rede mehr war. Daß die Orte Torgelow, Prösen und Rauchhammer häufig besucht werden mußten, geht aus dem in früheren Nummern der "Met.-Ztg." bereits erstatteten Einzelberichten hervor. Der größeren Thätigkeit entsprechend ist auch die Korrespondenz gestiegen — wenigstens die von mir selbst zu erledigenden Ausgänge: Es sind zu verzeichnen im

Quartal	Posteingänge	Postausgänge
III. 1898	286	511
IV. 1898	232	396
Summa	518	907
I. 1899	289	669
II. 1899	198	711
Summa	487	1380

Die Thätigkeit erstreckte sich wie bisher zur Erledigung aller möglichen Vorkommnisse. Zunächst die Differenzen mit den Unternehmern. Streiks haben stattgefunden in Cottbus, Eberswalde, Gröbzig-Prösen, Torgelow und Rathenow.

In Cottbus handelte es sich um große Lohnabzüge, resp. Einführung eines neuen Tarifs für die Former der Firma Walt. Der Streik endete zu Gunsten der Arbeiter.

In Eberswalde wurden bei der Firma Ernst Lucknig 3 Hilfsarbeiter gemaskregelt. Die Former erklärten sich solidarisch, verlangten die WiederEinstellung und außerdem die Entlassung eines anderen Hilfsarbeiters, der als Schmarotzer dem Herrn Unternehmer Dienste leistete. Der Streik dauerte 7 Wochen. Die 3 Hilfsarbeiter wurden anderweit untergebracht, der liebebienerische Anschwärzer entlassen, so daß das Werthvolles erreicht ist.

Der Streik in Gröbzig-Prösen ist von der gesamten Belegschaft des Gröbzig Eisenwerkes (über 600 Mann) wegen Maßregelung des Bevollmächtigten unserer Organisation, ohne Genehmigung des Vorstandes und ohne vorherige Mittheilung in Szene gesetzt worden. Nach 24 Stunden war das Verlangen der Arbeiter erfüllt. Die Direktion versprach außerdem die schon lange vorher eingereichten Forderungen zu prüfen und nach 14 Tagen Antwort zu erteilen. Diese Antwort erfolgte erst nach 3 Wochen und enthielt vollständige Ablehnung aller Forderungen. Daraufhin waren die Arbeiter sämtlich bereit zu kündigen und 14 Tage später abermals in den Streik einzutreten. Dieser neue Streik war als Angriffstreik rechtzeitig gemeldet, wurde aber aus dem im ersten Theile meines Berichtes angegebenen Gründen vom Vorstand nicht genehmigt.

Ueber den Torgelower Streik ist in einer ganzen Reihe von Artikeln ausführlich berichtet. Für jetzt bleibt mir nur noch übrig, zu konstatieren, daß Lohnzulagen in fast allen Betrieben erfolgt sind, so daß den Maschinenformern keine Kosten mehr unter 5 J. angeboten werden. Ferner gehört hierher mit als Erfolg zu erwähnen, daß die Unternehmer jetzt weit eher als früher bereit sind, mit Vertretern der Organisation zu unterhandeln. Es ist also ein theilweiser und zwar erheblicher Erfolg erzielt worden. Berühmten soll und darf nicht werden daß die Unternehmer ihr vor dem Gewerbegericht gegebenes Wort nicht voll eingelöst haben. Erst zum 1. Oktober sollten die letzten der Streikenden eingestellt werden. Die Mitglieder des Gewerkevereins haben tapfer und wacker mitgekämpft, und als Folge davon hatten sie auch noch bis Ende September (bei Abfassung dieses Berichtes) einen Semagregelten zu verzeichnen.

Der Rathenower Formerstreik ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet. Die Firma hat den Guß in Tangerhütte fertiggestellt bekommen.

An Maßregelungen ist eine ganze Reihe zu verzeichnen, über die bisher nicht immer — aus bestimmten Gründen — berichtet wurde. Erwähnt sei zunächst, Prösen-Gröbzig. Nachdem die Direktion erfahren hatte, daß der

* Hier sind die Zahlen der 6 Monate Juli bis Dezember 1898 zum Vergleich gesetzt.

Verband den Streik nicht genehmigte, wurde dem 1. Bevollmächtigten sofort wieder gekündigt. Das gab große Unregung, doch haben wir dafür gesorgt, daß es nicht abermals zum Streik ohne Genehmigung kam. Dieser ersten direkten Maßregelung folgte eine ganze Reihe indirekter. Es wurde wie in Rauchhammer allen denen, die sich an der Bewegung bemerkbar beteiligten, die schlechteste Arbeit zugeordnet.

Von Anklam ist im ersten Theile des Berichtes schon das Geschehene mitgeteilt. Von Torgelow vorstehend. In Gassen hatte die in Nr. 11 der "Met.-Ztg." geschilderte Bewegung auf Verfüzung der Arbeitszeit eine Maßregelung zur Folge.

In Falkenburg in Pommern war Verbindung angeknüpft, eine Anzahl Kollegen aufgenommen. Als das dem Unternehmer bekannt wurde, erfolgten Maßregelungen, und da verloren die Uebrigen den Mut, so daß die Bewegung unterdrückt ist — genau wie in Anklam.

In Betschau ist, wie in jedem Halbjahresbericht, auch diesmal eine ganze Reihe von Maßregelungen zu konstatieren. Die Bewegung hat bisher aber nicht darunter gelitten.

Zu Differenzen kam es weiter noch in Luckenwalde. Es wurden den Schlessern der Bronzemaarenfabrik Lohnabzüge gemacht. Daraufhin wurde den Kollegen empfohlen, diejenige Arbeit, für die Lohnabzüge gemacht worden sind, zu verweigern, wer deswegen aufhören müsse, bekäme Unterstützung aus Verbandsmitteln. Ein wenig hat's geholfen und es hätte noch mehr erreicht werden können, wenn mehr Einigkeit vorhanden gewesen wäre und sich nicht immer wieder Kollegen fanden, die durch Ueberanstrengung den Verlust ausgleichen.

In Muskau (Eisenwerk Reula) kam es zu Differenzen wegen einer Maßregelung. Es wurde mit der Direktion unterhandelt und folgendes erzielt: Zurücknahme der Kündigung, freie Wahl eines Ausschusses zur Erledigung von Differenzen, Verfüzung der Arbeitszeit (die freilich noch immer 11 Stunden beträgt), Bezahlung des Ausschusses mit 1/2 des sonstigen Preises der Artikel. Zugelagt wurde eine Erhöhung des Preises für Normalzeug, aber die Zusage nicht gehalten. Hieran ist jedoch nur die Raugheit der Kollegen selbst schuld. Die Behandlung ist ebenfalls etwas besser geworden.

Von Erfolg gekrönt war eine gemeinsam mit dem Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein auf meine Anregung erfolgte Bewegung auf Verfüzung der Arbeitszeit in Straßund. Es kam nicht zu Differenzen, sondern es wurden bis 10 Stunden in Folge eines an die Fabrikanten gerichteten Schreibens bewilligt.

Noch nicht erledigt sind die Bemühungen der Potsdamer Schmiede und der Drienerer Gelbgießer auf Einführung der 10stündigen Arbeitszeit.

Es dürfte einleuchten, daß die ganzen hier geschilderten Bewegungen an sich schon eine große Arbeitslast bedeuten, was darüber hinaus noch geleistet wurde, wird der dritte Theil meines Berichtes bringen.

Zur Neunstundenbewegung der Berliner Metallarbeiter.

Die Bewegung für die Durchführung der 9stündigen Arbeitszeit in der Berliner Metallindustrie datirt zurück bis zum Jahre 1890. Jedoch gelang es damals außer der mechanischen und optischen Industrie nur noch in wenigen Betrieben den Neunstundentag durchzusetzen. Erst der gewaltige Aufschwung in allen Zweigen der Metallindustrie im Jahre 1896 gab den Anstoß zu umfangreicheren Arbeiterbewegungen, durch die in einer großen Zahl von Betrieben die Schnitt- und Stanzbauer, Klempner, Schraubendreher, Mechaniker, Schlosser, Würtler, Drücker usw. die neunstündige Arbeitszeit durchsetzten. Nach einer im Dezember 1896 durch den Vertrauensmann der Metallarbeiter aufgenommenen Enquete, die allerdings nur einen Theil der Betriebe umfaßte — es beteiligten sich die Kollegen von 440 Werkstätten, in denen 36.565 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren — betrug in 6 Werkstätten mit 419 Arbeitern die Arbeitszeit 8 Stunden; in 4 Betrieben mit 1338 Arbeitern und 541 Arbeiterinnen 8 1/2 Stunden; in 301 Betrieben mit 9265 Arbeitern und 580 Arbeiterinnen 9 Stunden. In den 3 Jahren, welche seitdem verstrichen sind, ist durch den gewaltigen Aufschwung, den die Berliner Metallindustrie zu verzeichnen hat, allerdings eine ganz gewaltige Verschiebung der Zahlen eingetreten, zur Zeit ist in ca. 700 Betrieben die 9stündige bzw. kürzere Arbeitszeit eingeführt. Neue Etablissements sind wie Pilze aus der Erde geschossen, schon bestehende haben ihr Arbeiterpersonal verdoppelt und verdreifacht. Dieser Umstand drängt zugleich die Fabriken immer mehr aus Berlin nach den Vororten, wo der Grund und Boden unvergleichlich viel billiger ist, während die Parzellirung der alten Etablissements Millionen einbringt. Der Arbeiter ist natürlich nicht in der Lage, der Arbeit ständig "nachzugehen" zu können, umsoweniger als die Unbefähigkeit der Arbeit sich fortgesetzt steigert; er ist deshalb gezwungen, stundenlange Wege zu machen nach der Fabrik und zurück täglich zurücklegen zu müssen. In einer großen Zahl von Betrieben ist deshalb in den letzten Jahren, durch diese und andere Erscheinungen gedrängt, eine Verfüzung der Arbeitszeit eingeführt worden.

Wie jedoch schon im Jahre 1896 speziell die Großbetriebe der Verfüzung der Arbeitszeit entschiedenen Widerstand leisteten, so ist seitens der Unternehmerverbände sorgfältig darüber gemacht worden, daß während ringsum der Neunstundentag sich Bahn gebrochen, ja sogar in mindestens der Hälfte der zum Unternehmerverband gehörigen Betriebe besteht, in dem verbliebenen Rest an der 10stündigen Arbeitszeit nicht gerüttelt werden durfte. Als jetzt die Klempner und darauf die Metallformer usw. in die Lohnbewegung traten, um u. A. auch den Neunstundentag überall zur Durchführung zu bringen, war es denn auch erklärlich, daß seitens der Heißsporne des Unternehmerverbandes mit Hochdruck gegen die Bewilligung gearbeitet wurde. Trotz alledem brachte man nur eine Majorität von 7 Stimmen zu Stande; mit 71 gegen 64 Stimmen beschloß die Generalversammlung der Vereinigung Berliner Metallwaarenfabrikanten, an der bisherigen Arbeitszeit festzuhalten und die Forderung der Arbeiter abzulehnen. Die Wortführer waren auch hier wieder die Inhaber der großen Betriebe, allen voran Herr Kommerzienrath Pitzsch, der 50fache Millionär, der außer

in Berlin noch Fabriken in Fürstwald, Borsbeim und Breslau besitzt.

Seit besonders beeinflusst wurde die Haltung dieser Herren aber auch durch das Verhalten der in den großen Betrieben beschäftigten Arbeiter, die bei keiner der vorausgegangenen Lohnbewegungen Veranlassung genommen hatten, sich zu betheiligen, während die Inhaber der mittleren und kleineren Betriebe jeder Forderung der Arbeiter mit dem Hinweis auf die Arbeitsverhältnisse in den großen Konkurrenzbetrieben begehnten, wiegen sich die „Großen“ in Sicherheit. So auch jetzt, als von Seiten der Arbeiter Verhandlungen mit dem Unternehmerverband zur friedlichen Erledigung der Streitfrage angebahnt worden waren. Vor Beginn der Bewegung in den Metallgießereien und Metallwaarenfabriken bestand in 2 Betrieben die 8 1/2 stündige, in 25 Betrieben die 9 stündige, in 1 Betrieb die 9 1/4 stündige, in 10 Betrieben die 9 1/2 stündige und in 40 Betrieben die 10 stündige Arbeitszeit; unter den letzteren auch die großen Betriebe.

Wider alles Erwarten betheiligten sich diesmal, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Kollegen der Großbetriebe mit seltener Einmütigkeit und traten, nachdem alle Verhandlungen sich zerschlugen, am 30. September geschlossen in den Ausstand. Dieser Umstand fällt um so mehr ins Gewicht, als Kollegen sich dem Ausstand angeschlossen haben, die, wie bei Spinn & Sohn, Buzke usw. fast ein Menschenalter im Betrieb beschäftigt waren.

Der erste Gedanke verschiedener Heißsporne in Unternehmertreien war der, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen. Die nach dieser Richtung entfalteten Bemühungen sind indessen gescheitert, einmal in Folge der jetzigen Hochsaison im Gewerbe und weiter, weil ein Theil der Unternehmer zum Nachgeben bereit ist. Ohne die drohenden Sanktionen, die die Mitglieder des Unternehmerverbandes hinterlegen müssen, würde der Kampf höchstwahrscheinlich schon beendet sein. Bis jetzt sind die Arbeitsbedingungen geregelt in 37 Betrieben mit etwa 860 Arbeitern. Im Ausstand befinden sich 1500 Arbeiter in 22 Betrieben und zwar Former, Gärtler, Drücker, Klempner, Schleifer, Schloffer, Dreher, Bifoleure usw.

Nachdem die allgemeine Aussperrung gescheitert, sucht man die Arbeiter durch die Vorgabe von Streikarbeit aus dem Unternehmerverband gehörigen Betrieben herauszutreiben und zwar in so provokatorischer Weise und einseitigen Maßnahmen zu dem Zweck, die Arbeiter dadurch in den Generalausstand zu treiben. Mit 1-2 Modellen - 2 Kilo Guß -, deren Ursprung den Arbeitern direkt mitgeteilt wird, tritt man an die Arbeiter heran. An der Anfertigung liegt den Unternehmern gar nichts - der Zweck wird offen enthüllt: man will die Former in den Streik auf der ganzen Linie jagen.

Diesem Treiben ist indeß begegnet durch den seitens der Former am 10. Oktober gefaßten Beschluß, daß mit Ausnahme von Fabrikarbeit in allen den Betrieben, die die Forderungen bewilligt haben, Streikarbeit angefertigt werden kann. Mit der hierdurch eingeschlagenen Taktik sind bereits ganz gute Erfolge erzielt. Im Uebrigen ist in jedem einzelnen Falle vor der Arbeitseinstellung die Entscheidung des Verbandsbüros eingeholt.

Nachstehende Betriebe sind für Metallarbeiter aller Art gesperrt: F. J. A. Schulze; Gercke; Spinn & Sohn; Buzke, Alt-Ges.; Ende & Devos; Spack; Brotrecht; Feigelmann; Frister; Oberhöfnerweide und Sindenstr. 23; Bernhard Jolep; Alt-Ges. Gladenbeck, Friedrichshagen; Sitner; Muskulus; Speyrer & Cie.; Schwiblmühl; J. Hand; Schiller; Nürnberg; Kramme; Müller; Heinze; Knoll.

Die Berliner Kollegen werden den gegenwärtigen Kampf mit aller Energie zu Ende führen; was wir aber erwarten müssen, ist: daß der gewaltige Zufluß von Arbeitskräften mindestens während der nächsten Wochen von Berlin ferngehalten wird.

Weide deshalb augenblicklich jeder Berlin, denn andernfalls ersichert sich hierdurch nur unser Kampf. Am allerwenigsten ist es aber, wenn die Kollegen in solchen Zeiten die Arbeitsnachweise der Unternehmerverbände aufsuchen, um sich dort einen Arbeitsplatz nach einem gesperrten Betrieb aufdrängen zu lassen. Denn entweder werden dann die betreffenden Arbeiter Streikbrecher oder sie erhalten, weil sie die nachgewiesene Arbeit nicht angetreten haben, während der nächsten 6 Monate keine Arbeit in einer Verbandswerkstätte. Im letzteren Falle kommen die Kollegen alsdann noch obendrein zu unserer Organisation, um Unterstützung zu erhalten, die ihnen allerdings nach Lage der Sache unter allen Umständen verweigert werden muß. Also noch einmal: Kollegen, meidet Berlin und die „Arbeitsnachweise der Kühnemannner!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Hierdurch machen wir die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten darauf aufmerksam, daß mit Schluß des 3. Quartals (1. Oktober d. J.) über alle in den Verwaltungen noch vorhandenen Quittungsmarken à 20 J abzurechnen ist und etwaige noch unverschämte Quittungsmarken à 20 J mit der Abrechnung für das 3. Quartal an die Hauptkasse einzusenden sind.

Ausgeschlossene aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

auf Antrag der Verwaltungsstelle Fürth, Sektion der Metallbrüder:

der Metallbrüder Georg Reichs, geb. zu Jgelsdorf am 31. Dezember 1882, B. Nr. 307 665, wegen Raubmord (welchen Verbrechen halber er zu 9 Monaten Gefängniß rechtskräftig verurtheilt worden ist);

auf Antrag der Verwaltung Schwertin: der Klempner Adolf Schermann, geb. zu Groß-Pankow am 8. August 1876, B. Nr. 283 641, wegen Streikbruchs;

auf Antrag der Einzelmitglieder in Reizen: der Former Franz Semmel, geb. zu Kirschb. am

26. Juni 1894, B. Nr. 268 065, wegen Streikbruchs.

Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden ersucht, den Klempner Gustav Gutbrod, geb. zu Nürnberg am 22. Februar 1872, B. Nr. 526 762, anzuhören und ihm im Betretungsfalle das Mitgliedsbuch abzunehmen. Derselbe hat in seiner Eigenschaft als Bezirkskassirer der Sektion der Klempner in Braunschweig die Summe von M 35,80 Verbandsgeelder verrentet. Da gegen denselben auch ein Antrag auf Ausschluß aus dem Verbande eingereicht ist, so wird er hiermit zur Rechtfertigung aufgefordert.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Mediarstraße 160ff, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Der Former Joh. Billhofer, geb. zu Nürnberg-Duwendtich, B. Nr. 269 926, zuletzt in Ludwigsbafen a. Rh., wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Um etwaige Mittheilungen darüber, auch von anderer Seite, wird ersucht.

Dasselbe gilt von dem Former Karl Büttner, geb. am 27. November 1874, der bis zum heurigen Frühjahr der Formersektion in Stuttgart angehörte.

Berichtigung.

In der Quittung über die vom 1. bis 30. September eingegangenen Gelder für die ausgesperrten Kollegen in Dänemark und Deutschland muß es bei Altona statt M 20, M 40,06 heißen.

Korrespondenzen.

Former.

Bresden. Von der sächsischen Gußstahlfabrik in Döhlen ist Bezug fernzuhalten, es streiken dort 6 Former wegen Leipziger Arbeit.

Leipzig. Der Formerstreik dauert unverändert fort. In einer Formerversammlung am 12. Oktober wurde mitgeteilt, daß zur Zeit noch 374 Verheirathete mit insgesammt 880 Kindern und 66 Unverheirathete, zusammen also 440 Mann, sich im Ausstand befinden. Die Versammlung war einmüthig der Ueberzeugung, daß die Gesamtlage nichts weniger als aussichtslos sei, und es gab unter der großen Zahl der Sprecher keinen, der nicht mit einem warmen Appell an die Kollegen geschlossen hätte, auszuhalten im Kampfe, bis endlich der Sieg errungen ist. Hätte nun auch diese Einmütigkeit der Streikenden dem Komitee bereits genügen können, der Versammlung direkt die Fortsetzung des Streiks zu empfehlen, so wurde demnach hierauf verzichtet und vom Vorsitzenden der Vorschlag gemacht, über die Alternative: Weiterführung des Streiks oder bebingungslose Unterwerfung, in gemeinsamer Abstimmung zu entscheiden. Der Vorschlag wurde angenommen und das Resultat der Abstimmung war: Es sprachen sich aus für Fortsetzung des Streiks 433 Stimmen, für Vertagung 1, gegen Fortsetzung des Streiks 3 Stimmen. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Das Streikkomitee wird ermächtigt, dem Industriellenverband die Mittelteilung zukommen zu lassen, daß die Former nach wie vor bereit sind, behufs Beilegung des Streiks in Verhandlung zu treten.“ - In der Gießerei Krauthelm in Altdorf bei Chemnitz war ein Streik ausgebrochen; derselbe ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Gießerei verpflichtete sich, so lange der Ausstand in Leipzig dauert, keinen Guß nach Leipzig zu liefern. Der entlassene Kollege wird wieder eingestellt und Maßregelungen und Lohnreduzierungen dürfen nicht vorgenommen werden. Auch soll eine geregelte Arbeitszeit eingeführt und ein Ankleide- und Speiseraum beschafft werden. Ferner wurde die Errichtung eines Arbeiterauschusses und humane Behandlung seitens des Obermeisters zugesagt. - Von der rheinischen Gießerei-Firma Bisher und Hartog sind die Leipziger Modelle zurückgekauft worden.

Mainz. Am 7. Oktober fand hier eine Werkstatt-Versammlung der Former- und Gießereiarbeiter der Firma Oberdorn und Beck statt, in welcher zu dem ungebührlichen Verhalten des Meisters Schmidt Stellung genommen wurde. Derselbe ist seit 1. Mai d. J. in der Fabrik thätig und war Anfangs einigermaßen genießbar, bis er in alle Fächer eingeweiht war. Die humane Behandlung seitens der Herrn Prinzipale selbst läßt uns mit Bestimmtheit annehmen, daß sie von dem Treiben des Herrn Schmidt keine Kenntniß haben und sie werden sich wohl sehr verwundern, daß sie unter den in ihrem Betriebe viele Jahre beschäftigten Leuten „Kausenfel“, „alte Kamecke“, „Einkübel“, „Lumpenteufel“ u. s. w. haben sollen. Er bietet auch wohl Fußtritte an und erpöckert großmächtig, daß „es noch wüthiger werde“. Die Arbeiter aber haben das Unhaltbare ihrer Lage nunmehr erkannt, haben sich sämtlich dem D. M. A. angeschlossen und in der Einigkeit unter sich selbst die Kraft gefunden, gegen eine solche Behandlung geschlossen Front zu machen, indem sie ihre Beschwerden, von Allen unterzeichnet, den Herren Prinzipalen vortrugen, die voraussichtlich gründlich Remedur schaffen werden. Denn ein solches Regiment ist schwerlich ganz geeignet, das gute Einvernehmen zu fördern. Die Arbeiter aber mögen ersuchen, daß nur die Kraft in der Organisation ihnen ermöglicht, ihre traurige Lage zu bessern.

Badeberg. Der Formerstreik bei der Firma Richter und Reize dauert fort. Die Firma läßt immer noch Leipziger Modelle formen. Von den organisierten Kollegen, die die Arbeit wiederlegen, ist einer, Paul Wörstgen, wortbrüchig geworden. Bezug ist strengstens fernzuhalten.

Saalfeld a. S. Vor mehreren Tagen wurde auf der Wilhelmshütte einem Former für Stenographen statt des bisher M 1,50 nur M 1,- per Stück geboten, worauf derselbe kündigte und 6 Wochen arbeitslos war. Das Modell wurde von allen Formern zurückgewiesen. Jetzt erhalten zurückgegebene Former diese Arbeit. Da diesen ersten Abzug

ohne Zweifel weitere folgen würden, wenn von uns keine Gegenmaßregeln erfolgen, so ersuchen wir um strengste Fernhaltung des Zugriffs von Formern.

Schwertin. Da hier Leipziger Modelle angelangt sind, ersuchen wir, Bezug streng fernzuhalten. Die Schweriner Kollegen halten es für ihre Pflicht, die im Kampfe Stehenden zu unterstützen.

Klempner.

Düsseldorf. Die Differenzen bei Wortmann und Elbers sind zu Gunsten der Arbeiter beigelegt worden. Die erfolgte Kündigung und die erfolglose Reise des Meisters Weh mögen mit dazu beigetragen haben, daß Herr Elbers zu Unterhandlungen bereit war. Die Maßregelung der beiden Klempner wurde zurückgezogen. Betreffs der Abfordränge wurde eine Einigung erzielt dahingehend, daß den Planirern auf jeden Fall der Verdienst garantiert wurde, den sie bisher erzielt haben. Die Abzüge sollen theils durch bessere technische Einrichtungen ausgeglichen, theils soll wieder so viel zugelegt werden, daß der bisherige Verdienst erzielt wird. Die Arbeiter sind nunmehr fast sämtlich wieder organisiert. Hoffentlich ziehen sie aus diesen Vorgängen eine Lehre und bleiben dem Verbande jetzt treu. Wir glauben an dieser Stelle noch rühen zu sollen, daß die Bevollmächtigten von Göttingen und Elbing, an die wir uns um Auskunft in dieser Angelegenheit gewandt hatten, trotz beigelegtem Rückporto nicht geantwortet haben, Elbing auch nicht nach wiederholter Anfrage.

Köln. Der hiesige Klempnerstreik ist zu Ende und für die Gehilfen ein fast vollständiger Sieg errungen worden. Von folgenden Werkstätten ist jedoch der Bezug noch fernzuhalten: Barthel Necht, gr. Neugasse 24; Jos. Jolich, Könnerngasse; Nitzgen, Friesenstraße und Holland, Mauritiuswall 96. Näherer Bericht in nächster Nummer.

Mechaniker.

Jena. In der am 28. September abgehaltenen Versammlung, die von 35 Mitgliedern besucht war, sprach Herr Grünwald über das Statut der „Carl Zeiß-Stiftung“, der die Mitglieder alle angehören. Vortragender erntete für seine Ausführungen, auf die hier näher einzugehen zu weit führen würde, reichen Beifall. - Ueber den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: „Die Trennung der Optiker und Mechaniker innerhalb der Sektion“ kam es zur Aussprache, aus der hervorging, daß für die Spaltung wenig Stimmung vorhanden war; dieselbe würde unter den jetzigen Verhältnissen jedenfalls den Verlust der Optiker für den Verband zur Folge gehabt haben, entgegen den Hoffnungen der Antragsteller, die ein Aufblühen durch diese Maßnahme voraussehen. Der Verlust wäre um so fühlbarer, als die Beitragserhöhung ohnedies ein Zurückgehen der Mitgliederzahl mit sich brachte. Gegenwärtig zählt die Sektion 87 Mitglieder.

Metall-Arbeiter.

Sachsen. Die Stolpener Maschinenfabrik Alstadt sucht in den „Sachsen Nachrichten“ Maschinenbeschloffer, Dreher, Schmiede, Stellmacher und einige Arbeiter, die mit der Bedienung von Werkzeugmaschinen vertraut sind oder sich eintreiben wollen, bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung. Der Lohn ist aber dort nicht so, daß man von „gut“ reden könnte. Der wöchentliche Lohn beträgt für jüngere ausgelernte Gezellen 14 M., der Hülfslohn 18 M. für ältere und bessere Arbeiter bei elftündiger Arbeitszeit. Arbeiter gibt's in Stolpen auch genug; wenn die Firma höhere Löhne zahlen wollte, so würde sie nicht in auswärtigen Blättern fortwährend Arbeiter zu suchen brauchen.

Flensburg. Bei der Firma Hansen & Coos, Metallwaarenfabrik Flensburg, ist ein Streik ausgebrochen. Bezug aller Branchen ist streng fernzuhalten.

Köln-Deutz. Am 8. Oktober wurde nach einem Vortrage des Senoren Hofrichter über „Die Nothwendigkeit der Organisation“ eine Sektion des D. M. A. gegründet. Die Verwaltung führt die Verwaltungsstelle Köln. Skoll Ludwigs wurde als Vertrauensmann gewählt und ihm die Einfastung der Beiträge und die Vertheilung der Zeitung übertragen.

Leipzig. Bei der Firma Fritschow und Töpfer, Gasföhrnenfabrik, war es zu Differenzen zwischen Arbeitern und Geschäftsleitung gekommen, die am 6. Oktober zur Einstellung der Arbeit fast sämtlicher Arbeiter führten. In einer am Abend stattgefundenen Versammlung der Streikenden, in der auch Herr Töpfer amwesend war, wurde unter Vermittlung des Agitationskomitees der Metallarbeiter folgende Vereinbarung getroffen: 1. In der Fabrik wird ein Ausschuß eingerichtet, der in seiner Majorität von den volljährigen Arbeitern gewählt wird. 2. Der so gegründete Ausschuß hat über die Verwaltung der Bier- und Straf-gelder zu beschließen und als Vermittler zwischen Chef und Arbeiter zu dienen. 3. Alle Arbeiter, die am 6. Oktober aufgehört haben oder entlassen wurden, werden ohne Ausnahme wieder eingestellt und verpflichtet sich Herr Töpfer, keine Maßregelungen mehr vorzunehmen. 4. Die vereinbarte Regelung der Verhältnisse findet innerhalb 8 Tagen statt. Nachdem Herr Töpfer zu diesem Vergleich seine Zustimmung gegeben hatte, beschloßen die Streikenden, den Vergleich ebenfalls anzunehmen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

Ludwigsburg. Die Arbeiter der hiesigen Metall- und Lackwaarenfabriken richteten an ihre Prinzipale das Ersuchen um Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, Besperpausen inbegriffen. Die Herren Fabrikanten im Einzelnen jagten zu, machten aber ihre Zufolge von der Stellungnahme der übrigen Arbeitgeber abhängig. In einer Sitzung der gesammten Fabrikanten wurde die Forderung der Arbeiter anerkannt, was am 30. Sept. den Arbeiterauschüssen bekannt gegeben wurde. Vorläufig soll die Neuerung aber nur probeweise gelten. Wir arbeiten jetzt von 7 bis 6 Uhr, Vormittags eine Viertelstunde Frühstückspause. Eine Firma hat das Ersuchen abgelehnt mit der Erklärung, ihre Arbeiter wünschten das nicht, was kaum glaublich ist.

Mainz. Am 8. Oktober hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine Versammlung ab. Nach Erstattung der Quartalsabrechnung berichtete Kollege Hausmann über die geschäftliche Situation in Mainz. Der Geschäftsgang ist im Allgemeinen ein guter, und so hat sich ein kleines Steigen der Löhne bemerkbar gemacht. Da in Mainz ca. 2000 Metallarbeiter be-

schäftigt sind und der Verband mit dem 1. Juli in ein neues Stadium eingetreten ist, so haben auch wir hier nochmals unsere ganze Kraft zusammen gerast und eine rege Agitation entfaltet. Wir begannen zunächst mit Branchenversammlungen, mit denen wir ein sehr gutes Resultat erzielt haben; vom 1. Juli bis 1. Oktober fanden statt: 4 Gürtler-, 4 Dreher- und Drücker-, 4 Beizer- und Schleifer-, 3 Spengler- und Installateur-, 3 Formier- und 2 Schlosserversammlungen; dazu kommen 3 öffentliche Versammlungen. Ausgenommen wurden in dieser Zeit 208 Mitglieder. Als Referenten fungierten in diesen Versammlungen die Kollegen Martersteig-Offenbach, Viehmann und Hausmann-Mainz, sowie der Redakteur Ph. Haas. Die schlechtesten Resultate wurden mit den Schlossern erzielt, so daß man glauben könnte, dieselben erhielten die höchsten Löhne. Das ist aber nicht der Fall, denn der Lohn schwankt zwischen 25—35 Pfr. pro Stunde. Auch sind Werkstätten vorhanden, wo auf 3 Gefellen 12 Lehrlinge kommen. Wir ersuchen daher die Kollegen, die noch Mainz reisen, davon Notiz zu nehmen. Die Formier sind jetzt zum größten Theil dem Verbands angegeschlossen. — Im 3. Punkt wurde beschlossen, am Sylvesterabend eine Familienunterhaltung zu veranstalten. Nachdem Kollege Hausmann auf den Leipziger Formierstreik, sowie den Berliner Ausstand aufmerksam gemacht hatte, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Schläger.

Lechhausen. Die Lohnbewegung der hiesigen Metallschläger ist zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen. Die aufgestellten Forderungen haben gelaftet: Für den Gehilfen 5 A und der Einlegerin 3 A pro Form mehr. Ferner 60 stündige Arbeitszeit, einstufige Mittagspause. Ferner: Die Blattzahl bei Doppelformen darf 1050 und der einfachen 980 Blatt nicht übersteigen. Sämtliche Punkte wurden voll und ganz genehmigt, nur bei der Lohnforderung gab es eine Verringerung, und zwar wurde dem Gehilfen statt 5 A 4 A und der Einlegerin statt 3 A 1 A bewilligt; Beketere sind zum 3/4 Theil nicht organisiert. — Es wurde also in Folge der Lohnbewegungen in diesem Jahr pro Form 13 A Mehrbezahlung erobert. Hier sieht man den Werth einer Organisation. Seit vielen Jahren ist ohne eine solche bei oft günstigen Geschäftskonjunkturen nichts erreicht worden. Der neue Tarif ist mit dem 9. Oktober d. J. in Kraft getreten.

Schmiede.

Eßlingen. Der Streik der Schmiede in der Dürkheimer Feilen- und Werkzeugfabrik dauert unverändert fort.

Bempten. Die hiesigen Schmiede streben eine Verkürzung der Arbeitszeit an, die bis jetzt 13 Stunden beträgt. Es wird deshalb ersucht, den Bezug von Schmieden fernzuhalten.

Feilenhauer.

Barmen. Am 1. September traten die Feilenhauer Oberfelds und Barmens zusammen, um einen einheitlichen Akkordtarif aufzustellen. Drei Kollegen begaben sich mit dem neuen Tarif zu den verschiedenen Meistern, um deren Unterschrift zu erhalten. Mit Ausnahme von zwei Meistern, von denen Werkstätten wir ein kleines Bild vor Augen führen wollen, unterschrieben alle Meister. Ein Kollege, Gustav Koch aus Hade vorm Walbe, der bei Herrn Wühlingshaus arbeitet und der sich zuerst voll und ganz mit einer Akkordaufbesserung einverstanden erklärte, war es, der uns den Rücken fehrte, als die Kommission in dieser Sache bei Wühlingshaus nicht nur einmal, sondern sogar dreimal vorstellig wurde; dieser Kollege sagte, er verdiene auch so genug. Hierdurch glaubte sich Wühlingshaus im Recht, die Kollegen hinauszumerken. Meister L. Staubes weigerte sich ganz entschieden, seine Unterschrift zu geben, obwohl er den neuen Preis bezahlen wollte. Aus diesem Grunde fühlten sich zwei Kollegen, die dort arbeiteten, veranlaßt, die Arbeit sofort niedergulegen. Wir ersuchen den Bezug fernzuhalten. Zuschriften sind an Herrmann Sahn, Unter-Barmen, Honsdorferstraße 1 a, zu richten. Dasselbe wird auch das Geschehen für durchreisende Kollegen ausbezahlt, für organisierte 75 A, für unorganisierte 30 A. Umgehauen ist streng verboten, widrigenfalls das Geschehen entzogen wird.

Braunschweig. Die Hoffnung, daß wir uns mit den Meistern auf gutlichem Wege einigen würden, hat sich nicht erfüllt, indem dieselben erklären, sie könnten nichts mehr zugestehen. Die Kollegen sind aber anderer Meinung, denn die Zugeständnisse, die gemacht sind, betreffen jene Sorten, die wenig oder gar nicht vorkommen oder speziell in der Werkstatt von C. Sievers auf der Maschine gehauen werden. Somit sind am 14. Oktober sämtliche Kollegen (1 Maschinenhauer und 11 Handhauer, davon 6 Verheirathete mit 21 Kindern, und 6 Ledige) in den Streik eingetreten. Die Meister haben jedenfalls geglaubt, daß keine Einigkeit unter den Kollegen herrscht, darin haben sie sich aber getäuscht. Die Kollegen sind gewillt, ihre bescheidenen Forderungen durchzusetzen. Wir bitten nun, uns in diesem Kampfe zu unterstützen und den Bezug strengstens fernzuhalten.

Potsdam. In der Feilenfabrik von Mehlfhofe wurden am 23. September plötzlich sämtliche Schleifer entlassen, was als eine Maßregelung anzusehen ist. Herr Mehlfhofe hat nach und nach alle Feilenhauer entlassen, die sich an den Streik vor 2 Jahren betheiligt hatten. Herr Mehlfhofe bestreitet eine Maßregelung, er sagt, er wollte seine Schleiferleistungsfähiger machen und dazu brauchte er andere Leute. Am 24. September trafen auch 3 Remscheider Schleifer ein, die es nicht für nötig gehalten hatten, sich nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen. Als diese Kollegen ermahnt wurden, wieder abzureisen, verlangten sie à Person 100 M (!), an deren Auszahlung wir selbstverständlich nicht dachten. Als die Schleifer angingen, wurde alles Werkzeug angekauft, das die alten Schleifer vergeblich verlangt hatten. Unter den Umständen hätten die alten Schleifer ganz gewiß daselbe geleistet als die Remscheider, von denen keiner organisiert ist. Als feinerzeit nur ein Schleifer da war und Mehlfhofe notwendig welche brauchte, versprach er Alles, um nur Schleifer zu bekommen. Er hat auf diese Weise zwei Schleifer aus ihrer Stellung genommen, um sie jetzt auf Pfahler zu werfen. Der Uneinigkeit der Feilenhauer ist es zuzuschreiben, daß solche Verhältnisse eintreten konnten.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg.)

Bekanntmachung.

Die örtlichen Verwaltungen werden ersucht, die zu Anfang 1900 notwendigen Ersatzbücher umgehend unter Angabe von Hauptnummer, Vor- und Zuname zu bestellen, da sonst eine pünktliche Zusendung der Ersatzbücher unmöglich ist. Hamburg, den 15. Oktober 1899.

Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro September 1899.

Einnahme: Kassenbestand vom August M 1,025,960,24. Von Altona 150, Altona 60, Amberg 150, Aschaffenburg 150, Auerbach i. B. 21, Augsburg 200, Baden-Baden 112, Bamberg 100, Bayenthal 100, Beindersheim 60, Berlin IX 500, Berlin XI 110, Bielefeld 200, Brühlhofen 50, Böblingen 22, Bochum 200, Brachweide 100, Brandenburg a. S. 100, Bruchsal 100, Büdelndorf 100, Bürgel 100, Burbach-Maststätt 80, Castel 100, Charlottenburg 400, Chemnitz 300, Eöln-Süd 200, Eöln-Vickendorf 100, Eöpenick 100, Conweiler 50, Eörne 70, Eöswig 50, Eöstrin 50, Delftern 200, Dessau 200, Diesdorf 25, Dinkelsbühl 61, Döbeln 60, Doos 100, Dorp-Grünwald 130, Driejen 50, Eberswalde 100, Eöhlheim 100, Eibelstadt 73, Eilpe 100, Einjal 40, Eijenach 100, Eibing 200, Eller 100, Eöfterverda 80, Emskirchen 50, Eppenhäusen 50, Eßlingen 100, Eötlingen 50, Eösterwalde 50, Frankfurt a. M. 150, Frankfurt a. d. O. 150, Freiburg i. B. 300, Friedberg i. S. 23,20, Friedrichstadt-Magdeburg 100, Försenwalde 100, Gaarden 200, Gaggenau 200, Geraemühl 100, Ginnheim 50, Gleiwitz 40, Gorbis 100, Göttingen 30, Gredenbroich 200, Griesheim b. D. 44, Groijsch 35, Gösingen 100, Groß-Steinheim 50, Grünberg i. Schl. 15, Grünwetterbach 80, Halle a. d. S. 400, Hamburg i. Stadt 100, Hamburg-Weidel 50, Harburg 200, Hattungen 250, Heerdt 80, Hildesheim 80, Hochfeld 500, Hof 40, Hordheim 50, Jauer 100, Jüter 75, Kirchheim u. L. 90, Koggenau 250, Lambrecht 100, Landshtut 84,50, Laubegast 300, Lebe 100, Limbach 80, Limburg 50, List 200, Obstau 200, Luckenwalde 50, Ludwigsburg 50, Mainbernheim 90, Mainz 150, Mannheim-Schweppingerort 400, Marktschwarze 50, Memel 50,85, Merseid 80, Mörich bei Franenthal 200, Mülhhausen i. Thür. 80, München-Ob- bach 100, Neckarau 150, Neckarelz 50, Neu-Jsenburg 100, Neumarkt 80, Neue-Neustadt-Magdeburg 100, Nieder-Jngelheim 100, Niederndodeleben 30, Nippes 100, Nordhausen 80, Nürnberg 400, Oöerrad 200, Obersthausen 100, Ochshäusen 50, Oggersheim 180, Oöcherleben 100, Pankow 100, Penig 80, Pirnaisens 70, Pirna 55, Plattenberg 100, Potsdam 150, Prenzlau 50, Preungesheim 50, Randerbaker 100, Reichenbach 30, Reindorf 150, Reinscheid 200, Rendsburg 80, Rodenkirchen 150, Rummelsburg 150, Saarbrücken-Malstatt 120, Schladern 100, Schönebeck 80, Schöningen 40, Schwabach 100, Schweinfurt 100, Schwelm 50, Schwerte 650, Schwellingen 100, Selbecke 150, Siegen II 100, Sieghütte 100, Soest 93,48, Sohlen 60, Spandau 300, Speyer 60, Stafffurt 150, Steinbeck 28,25, Stolberg (Rhlnlnd.) 60, Stollberg (Sachl.) 18,70, Straßdorf 40, Straubing 50, Stupferich 50, Striegau 56,50, Thale a. S. 200, Thurn 50, Torgelow 130, Triberg 29, Troisdorf 50, Uebigau 100, Uckermünde 57, Unter-Meiderich 100, Urbach 25, Weisshöfchen 50, Felbert 60, Wölingen 101,52, Wöngst 200, Wadgassen 150, Waldajschaff 70, Waldsee 50, Wangen 50, Warstein 81,80, Wehringhausen 200, Weiden i. B. 100, Weisenau 20, Weiszenburg 80, Weisshaus 50, Wettbergen 30, Wetter 360, Wilhelmstadt-Magdeburg 150, Wolfenbüttel 150, Wöhlstedel 30, Würzburg 200, Zeitz 156,18, Zeulenroda 200, Zuffenhausen 150, Beiträge von einzelnen Mitgliedern 583,40. Von Berufsgenossenschaften 187,24. Sonstige Einnahmen 29,57. Summa 1,049,094,43.

Ausgabe: Nach Valen 170 M, Affeln 100, Affeld 50, Altendorf II 200, Alteneffen 50, Apolda 100, Barop 50, Beirath 200, Berlin I 200, Berlin II 500, Bremen 200, Breslau 300, Brieg 100, Bromberg 100, Brück 100, Dalldorf 100, Dresden-Alstadt 100, Düsseldorf-Thuwiesen 100, Eberstadt 40, Eisingen 100, Erfurt 50, Eutingen 50, Försheim 60, Friedrichsdorf 150, Försinghausen 160, Gassen-Sommerfeld 100, Glösa 50, Göppingen 100, Haltern 300, Hamburg-Neuburgsdorf 50, Hannover 400, Heerdt 60, Heilbronn 80, Heumar-Rath 100, Hilden 50, Höchst a. M. 150, Höherberg 100, Hörde 250, Kaiserlautern 250, Kleefeld 75, Leipzig 200, Leipzig-Ost 500, Nierenfeld 50, Loschwitz 75, Lottjerten 50, Lüdenscheid 200, Mannheim 400, Mannheim-Waldhof 125, Merden 60, Merseburg 50, Meuselwitz 100, Metz 150, Reheim 100, Niefen 80, Nowawes-Neuendorf 80, Oberhausen I 100, Pfullingen 50, Pöfchen 150, Quecksilber 100, Rabenau 100, Ratibor 120, Reichelsheim 50, Rixdorf 200, Rindorf 100, Rothenditmold 100, Ruppur 50, Rütterscheidt 100, Sachsenhausen 200, Schladen 80, Schluttenbach 50, Sterkrade 50, Stuttgart 100, Stuttgart-Stöckach 150, Striegau 30, Tempelhof 100, Troisdorf 100, Vöhwinkel 100, Wahlershausen 50, Wößlingen 50, Werdau 30, Wertheim 80, Zwifau 50. Krankengeld an: F. Dieß, Sinn 27,60. P. Gramade, Straupitz 20,70. G. Heuer, Alf a. d. Hovel 13,80. F. Lauzinger, Hammerbeck 11,20. E. Neumann-Hohenstein 48,10. D. Oswald, Hippicha 33,60. C. Pollack, Copen 27,60. C. Pieplow-Wismar 29,90. H. Rose, Unna 10,17. W. Schlemming, Eidenesfäß 25,30. M. Schmitz, Grabze 18,40. F. Schwarz, Springen 55,20. D. Seibel, Niederlasppe 42. C. Sprenger, Meerane 13,80. W. Weilerswilt, Niederwallaf 55,20. P. Zickler, Brunnath 16,10. Gehalt der Hauptverwaltung 1160. An den Vorsitzenden der Revisionskommission 85. Vergütung an die Beisitzer der Revisionskommission 55,40. Druckfachen 597,55. Stempel 33,50. Porto, Schreibmaterial usw. 368,56. Summa 12,881,68.

Bilance.
Einnahme 1,049,094,43 M
Ausgabe 1,881,68 "
Kassenbestand 1,036,212,75 M
C. Guttmuth, Hauptkassirer.

Rundschau.

Lage des Arbeitsmarktes. Die ersten Leisen Anzeichen einer ungünstiger werdenden Situation sind auf dem Arbeitsmarkte bereits zu bemerken. Während vom August zum September der Andrang der Arbeitsuchenden an den öffentlichen Arbeitsnachweisen abzunehmen pflegt, hat er diesmal, wie die Berliner Halbmonatsschrift "Der Arbeitsmarkt" mittheilt, zugenommen: Auf 100 offene Stellen waren im August nur 92,5 Arbeitsuchende gezählt, im September aber 98,9. Obgleich die Mitgliederbestände der Krankenkassen noch keine Abnahme (vielmehr eine geringe Zunahme) zeigen, so ist doch die Steigerung des Andranges an den Arbeitsnachweisen um diese Jahreszeit eine so auffallende Erscheinung, daß sie als die bezeichnende Thatfache angesehen zu werden verdient. Kein Wunder, daß die schon oft besprochenen Zustände in der üppig blühenden Bergwerks- und Metallindustrie, in denen Mangel an Kohle und an Halbzweig manche Werke zu Einschränkungen oder gar zum Stillliegen zwang, die warnend vorhergesagten Wirkungen auch auf dem Arbeitsmarkte zu zeigen beginnt. Nennend und werthuernd wirkt der Kohlenmangel schließlich auf alle Industrien. Dampfberriebe, die mit der Konkurrenz von Wasser-, Wind- und Handbetrieben zu rechnen haben, wie Brennereien, Brauereien, Ziegeleien u. s. m. werden besonders empfindlich getroffen. Dazu kommen Wirkungen früherer oder noch andauernder Unterproduktion, wie im Textilgewerbe, wo sie in letzter Zeit stellenweise noch gestiegen zu sein scheint, damit manchen Händen zwar vorübergehende Beschäftigung schaffend, aber die Gefahr einer drohenden Krisis verdeckend. Nachgelassen hat der bisher abnorm starke Bedarf in der Zementfabrikation, im Waggonbau, in manchen Gegenden auch im Baugewerbe.

Die die Welt durchziehende Geldvertheuerung übt auf die Möglichkeit gewerblicher Unternehmungen ebenfalls ihren Einfluß. Zu dem Goldabfluß nach den Vereinigten Staaten hat sich der nach Afrika (für Zwecke der Kriegsrüstung) hinzugesellt. Die Bank von England ging zweimal mit Erhöhungen des Diskonts voran, und die deutsche Reichsbank folgte am 2. Oktober mit einem Hinaufgehen von 5 auf 6 Prozent. An der New-Yorker Börse war die Geldknappheit so stark, daß man vorübergehend sich bereit erklärte, für tägliche Darlehen Zinssätze zu zahlen, die auf das Jahr berechnet 40 Proz. betragen. Aus Ungarn wird bereits berichtet, daß in Folge der Geldvertheuerung angelegene Baufirmen in Schwierigkeiten gerieten und nur durch großes Entgegenkommen vor dem Zusammenbruch noch bewahrt werden konnten.

Allerdings stehen den beängstigenden Erscheinungen die fortwährend erfreulichen gegenüber. In den letzten Monaten ist der Güterverkehr so angeschwollen, daß z. B. am Anhalter Bahnhof in Berlin Güter zeitweise zurückgewiesen werden mußten. Die großen Werke in den einzelnen Industriezweigen sind wohl meist noch auf längere Zeit mit reichen Aufträgen versehen. Die Preissteigerungen in der Eisenindustrie werden noch günstig kommentirt. Ueberhaupt ist auf der Oberfläche des Wirtschaftslebens die idon zeit Jahren währende günstige Physiognomie noch immer maßgebend. Gespannt aber bleibt immerhin die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes, und die Zukunft gebietet Vorsicht im Hinblick auf nicht wegzuleugnende Gefahren.

Wie man die Arbeiter behandelt. In Stuttgart wurde in einer öffentlichen Klavier- und Harmonikarbeiterversammlung bei der Schilderung der Arbeitsverhältnisse in der Pospianofabrik von Schiedmayer unter Anderem mitgetheilt, daß die Arbeiter, wenn sie in's Komptoir kommen, mit Schimpfnamen, wie "Rindvieh", "Hauptimpel", "Saubande" usw. traktirt werden. Wegen solcher Ausdrücke wurde zum Beispiel in Dresden ein organisirter Arbeiter zu 4 bis 5 Monaten Gefängniß verurtheilt. Auch in Stuttgart würde ein Arbeiter vor Gericht nicht gut wegkommen, wenn er einen Vorgesetzten oder den Fabrikanten selbst in gleicher Weise beschimpfen würde. Umgekehrt würden die Herren zweifellos freigesprochen werden, da solche Ausdrücke keine "grobe Beleidigung" bedeuten und "feine" Beleidigungen der Arbeiter offenbar ebenso gestattet sind, wie den Herrschaften das Prügeln der Diensthoren.

Litterarisches.

Reaktion oder Reform? Gegen die Buchhausvorlage! Von Dr. Lujo Brentano in München, 64 Seiten, elegant geheftet, Verlag der "Hilfe", Berlin-Schöneberg (Dr. Naumann) 1899, 80 J.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung werden Aufnahmen entgegen genommen und können Beiträge entrichtet werden.

- Aachen.** Samstag, 21. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Schillings, Bergstraße 25. — Stassenbericht vom dritten Quartal. — Vortrag: "Die Frau und ihre Erwerbsthätigkeit."
- Ansbach.** Samstag, 21. Oktober, An "Gold. Försch."
- Barmen.** Sonnabend, 28. Oktober, Abends halb 9 Uhr.
- Berlin.** Vertrauensmännerkonferenz: Sonnabend, 21. Oktober, für Moabit bei Köcher, Beunselstraße 9. Sonnabend, 21. Oktober für den Osten bei Wiedemann, Friedenstraße 67. Sonnabend, 28. Oktober, für Charlottenburg bei Pasche, Potsdamerstraße 44.
- Beruburg.** Sonnabend, 28. Oktober.
- Bruchsal.** Regelmäßig jeden ersten und letzten Samstag im Monat im Nebenzimmer des Gasthauses zum "Saum".
- Danzig.** Donnerstag, 26. Oktober, Brodbäckerstraße 11.
- Dessau.** Sonnabend, 21. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in Eisenbergs Salon. — Vortrag des Kollegen Bog aus Magdeburg.
- Hortmund.** (Sektion der Klempner u. Installateure.) Sonnabend, 28. Oktober, bei Grünert, Stübengasse 4. — Vortrag. — Neuwahl der Arbeitsnachweisungskommission.
- Höbeln i. S.** Sonnabend, 28. Oktober, in der "Mulden-terrasse".

